



22. Juni 1941

80 Jahre deutscher Überfall auf die Sowjetunion

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Inhalt

Vorwort	3
Kollektive Sicherheit – Appeasement – Nichtangriffsvertrag: Die Sowjetunion in der europäischen Politik der 1930er Jahre (<i>Herbert Olbrich</i>)	5
Weiterführende Literatur	14
Feindbild »Russland« und der 22. Juni 1941 (<i>Manfred Weißbecker</i>)	16
Weiterführende Literatur	20
Kriegs- und Ausbeutungsplanungen des Deutschen Reichs im Krieg gegen die Sowjetunion (<i>Johannes Spohr</i>)	21
Weiterführende Literatur	25
Der Vernichtungskrieg der Wehrmacht gegen die Sowjetunion. Der zweite deutsche Völkermord (<i>Hannes Heer</i>)	27
Erlaß über die Ausübung der Kriegsgerichtsbarkeit im Gebiet »Barbarossa« und über besondere Maßnahmen der Truppe [Kriegsgerichtsbarkeitserlaß], 13. Mai 1941	33
Der 22. Juni im heutigen gesellschaftlichen Diskurs Russlands und anderer Nachfolgestaaten der Sowjetunion (<i>Nikita W. Piskunov</i>)	36
Antrag der Bundestagsfraktion DIE LINKE Tag der Befreiung als gesetzlicher Gedenktag (<i>DRS 19/26565</i>)	40
Antrag der Bundestagsfraktion DIE LINKE 80 Jahre deutscher Überfall auf die Sowjetunion – Für eine Politik der Entspannung gegenüber Russland und eine neue Ära der Abrüstung (<i>DRS 19/29437</i>)	42

DIE LINKE.

I M B U N D E S T A G

Fraktion DIE LINKE. im Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/22751170, Fax: 030/22756128
E-Mail: fraktion@linksfraktion.de
V.i.S.d.P.: Jan Korte

Redaktion: Thomas Kachel, Bert Olbrich

Titelfoto: Deutsche Infanterie vor brennenden Häusern, Juni/Juli
1941; Quelle: Bundesarchiv, Bild 101I-209-0090-31, Fotograf: Zoll

Fotos: [Bhttps://bundesbildarchiv.init-ag.de/device_barch/
dev1/2019/10-15/11/fc/file77jqhh5n5e1390nwhyq.jpg](https://bundesbildarchiv.init-ag.de/device_barch/dev1/2019/10-15/11/fc/file77jqhh5n5e1390nwhyq.jpg)

Layout/Druck: Fraktionservice

Stand: Mai 2021

**Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken
verwendet werden!**

**Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen
Initiativen finden Sie unter: www.linksfraktion.de**

210622

Vorwort

Liebe Leserin, lieber Leser,

am 22. Juni 1941 überfiel Nazi-Deutschland mit dem »Unternehmen Barbarossa« die Sowjetunion. Der faschistische Raub- und Vernichtungskrieg wurde vom ersten Tag an mit den Mitteln barbarischen Terrors gegen die Zivilbevölkerung geführt. 27 Millionen Bürgerinnen und Bürger aller Nationalitäten der Sowjetunion wurden durch Krieg und deutsche Besatzung getötet. Nach Schätzungen waren 30 Prozent des von der Wehrmacht okkupierten Territoriums nach der Befreiung durch die Rote Armee zunächst unbewohnbar.

DIE LINKE. im Bundestag bekennt sich zur historischen Verantwortung Deutschlands für den verbrecherischen Überfall auf die Sowjetunion vor 80 Jahren mit seinen grausamen Folgen und verneigt sich mit einer Gedenkveranstaltung im Deutschen Bundestag in Demut vor den Opfern und ihren Angehörigen. Ihrer gilt es angemessen und in die Zukunft weisend zu gedenken.

Gute Beziehungen und Freundschaft mit Russland wie mit allen anderen ehemaligen Sowjetrepubliken müssten lange schon erklärtes Ziel deutscher Politik sein. Wir erteilen der Konfrontationspolitik eine Absage. Wir wollen den am 9. November 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) unterzeichneten und am 25. April 1991 vom Bundestag ratifizierten »Vertrag über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit« wieder beleben.

Der 80. Jahrestag des Überfalls der Wehrmacht auf die Sowjetunion sollte Anlass sein für eine neue Entspannungspolitik gegenüber Russland – mit dem Ziel, Versöhnung und Freundschaft zwischen Deutschland und Russland zu erreichen und zu verstetigen sowie ein System beidseitiger Sicherheit in Europa zu etablieren. Die Fraktion DIE LINKE hat dazu einen Antrag in den Deutschen Bundestag eingebracht (Drucksache 19/29437).

Ihre Sevim Dağdelen, Gesine Lötzsich



Dr. Gesine Lötzsich
*Stellv. Fraktionsvorsitzende
DIE LINKE. im Bundestag*



Sevim Dağdelen
*Obfrau der Bundestagsfraktion
DIE LINKE im Auswärtigen
Ausschuss des Deutschen
Bundestages*

Kollektive Sicherheit – Appeasement – Nichtangriffsvertrag

Die Sowjetunion in der europäischen Politik der 1930er Jahre

Herbert Olbrich

Am 3. Februar 1933 hatte der wenige Tage zuvor von Reichspräsident Hindenburg zum Reichskanzler ernannte »Führer« der NSDAP, Adolf Hitler, sein erstes Zusammentreffen mit der Führungsspitze der Reichswehr in Berlin. In seiner Rede an die Generäle dankte er der Reichswehr für ihre bislang geleistete Arbeit und bot ihnen seine Unterstützung bei ihrem Vorhaben, dem Aufbau einer neuen großen Armee, an. Wozu diese Armee eingesetzt werden sollte, daran ließ er keinen Zweifel:

»Ich setze mir die Frist von 6 – 8 Jahren, um den Marxismus vollständig zu vernichten. Dann wird das Heer fähig sein eine aktive Außenpolitik zu führen, und das Ziel der Ausweitung des Lebensraumes des deutschen Volkes wird auch mit der Waffe in der Hand erreicht werden. Das Ziel würde wahrscheinlich der Osten sein. Doch eine Germanisierung der Bevölkerung des annektierten bzw. eroberten Landes ist nicht möglich. Man kann nur Boden germanisieren. Man muss wie Polen und Frankreich nach dem Kriege rücksichtslos einige Millionen Menschen ausweisen.«¹

Die nachträglich angefertigte Mitschrift, aus der hier zitiert wurde, trägt den Vermerk »Rede nach Abschrift des kommunistischen Nachrichtendienstes« und traf am 14. Februar in Moskau ein. Spätestens zu diesem Zeitpunkt konnte die sowjetische Regierung, konnte Stalin wissen: sie waren das Ziel nationalsozialistischer Expansionspolitik, es war sowjetischer Boden, der »germanisiert« werden sollte und es waren sowjetische Bürger und Bürgerinnen, von denen »rücksichtslos einige Millionen Menschen ausgewiesen werden« sollten.

Das war nichts Neues – das hatte Hitler bereits 1925 in »Mein Kampf« als Ziele seiner Politik genannt: 1933 war er aber nicht mehr »nur« der Führer einer faschistischen Partei, sondern Reichskanzler eines autoritär regierten Staates, einer europäischen Großmacht. Und er war beileibe nicht der Einzige, der diese Forderungen erhob – ein beträchtlicher Teil der Herrschenden in Deutschland strebte keine Kolonien in Übersee an, sondern solche nebenan – in Polen, im Baltikum und vor allem den »Brotkorb« der Ukraine.

¹ Hitlers Rede vor den Spitzen der Reichswehr, Berlin 03.02.1933: https://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0109_hrw&object=facsimile&pimage=2&v=100&nav=&l=de (30.04.2021)

Das vordringliche Interesse der Sowjetunion und damit das Hauptziel der sowjetischen Außenpolitik war nach Beendigung des Bürgerkrieges und dem Rückzug der Interventionstruppen von Großbritannien, Frankreich, den USA und Japan die Gewährleistung der Sicherheit der UdSSR vor einer erneuten militärischen Intervention. Vor 1933 war dies möglich durch die Partnerschaft mit dem Deutschen Reich, wie sie in Rapallo 1922 begründet und im Berliner Vertrag von 1926 – der festlegte, dass die Vertragspartner im Falle einer kriegerischen Verwicklung des jeweils anderen neutral zu bleiben hatten – bekräftigt worden war. Untermauert wurden diese Verträge durch entsprechende Handelsabkommen und eine (geheim zu haltende) militärische Kooperation. Dieser Politik erteilte der neue Reichskanzler am 3. Februar eine eindeutige Absage.

Kollektive Sicherheit

Allerdings hatte sich die sowjetische Außenpolitik nie allein auf diese Kooperation mit Deutschland verlassen – parallel dazu versuchte sie in den 1920er Jahren, durch eine Politik der Handelsverträge und der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den (ehemaligen) Interventionsmächten auch hier eine Entspannung zu erreichen und der aus sowjetischer Perspektive stets drohenden Gefahr einer zweiten ›Intervention‹ zu begegnen, was ihr trotz einiger Rückschläge auch gelang – lediglich die USA waren erst unter Präsident Roosevelt 1933 bereit, die UdSSR diplomatisch anzuerkennen und die Handelsbeziehungen auszubauen.

Die Machtübergabe an Hitler im Januar 1933 und dessen politischer Kurswechsel eröffnete neue Möglichkeiten für die sowjetische Außenpolitik, die Sicherheit der UdSSR durch eine Verbesserung ihres Verhältnisses zu den übrigen europäischen Mächten zu gewährleisten: der Austritt Deutschlands aus der Abrüstungskonferenz des Völkerbunds und aus dem Völkerbund selbst am 14. Oktober 1933 weckten im Zusammenhang mit der nunmehr ungehemmt vorangetriebenen Aufrüstung Deutschlands auch dort Besorgnis.

Da auch Japan im Gefolge seiner militärischen Aggression gegen China – 1931 hatten japanische Truppen die Mandschurei besetzt – aus dem Völkerbund ausgetreten war, zeichnete sich für die UdSSR hier eine Spaltung der imperialistischen Mächte in zwei Gruppierungen ab, eine aggressive (Deutschland, Japan und Italien) und eine eher ›demokratische‹ Gruppierung, deren Interessen angesichts ihrer Bedrohung durch den Aufstieg der ›Aggressoren‹ mit den Sicherheitsinteressen der UdSSR zumindest teilweise zusammenfallen konnten: diese angenommene partielle Interessensübereinstimmung bildete die Grundlage für das sowjetische Konzept einer Politik der kollektiven Sicherheit: die ›Unteilbarkeit des Friedens‹, wie der sowjetische Außenminister Litwinov feststellte, erfordere es, dass alle Staaten zusammenstünden gegen einen Aggressor, nicht nur die unmittelbar bedrohten.

Dabei konnte die sowjetische Außenpolitik zunächst auf eine Verbesserung des Verhältnisses zu Frankreich aufbauen: im Mai 1933 ratifizierte das französische Parlament einen Nichtangriffspakt mit der UdSSR. Im Dezember schließlich stimmte das Politbüro der KPdSU(B) einem Vorschlag des Außenministeriums zu, dessen wichtigste Punkte weitere Schritte auf diesem Weg beinhalteten:

1. Die UdSSR stimmt unter gewissen Bedingungen einem Beitritt zum Völkerbund zu.
2. Die UdSSR hat keine Einwände gegen den Abschluss eines regionalen Abkommens über gegenseitige Verteidigung gegen eine deutsche Aggression im Rahmen der Organisation des Völkerbundes.
3. Die UdSSR ist einverstanden, dass sich an diesem Abkommen Belgien, Frankreich, die Tschechoslowakei, Polen, Litauen, Lettland und Estland – alle oder nur einige davon – beteiligen, allerdings unter der Maßgabe, dass Frankreich und Polen in jedem Fall beteiligt sind.
4. Die Verhandlungen über die genauen Bestimmungen eines zukünftigen Vertrages über gegenseitige Verteidigung können beginnen, sobald Frankreich als Initiator des Prozesses einen Vertragsentwurf vorlegt.²

Der Beitritt der UdSSR zum Völkerbund erfolgte am 18. September 1934, kurz zuvor war jedoch der regionale Sicherheitspakt an der Weigerung Deutschlands und Polens, sich daran zu beteiligen, gescheitert. Was von ihm übrigblieb, waren ein französisch-sowjetischer und sowjetisch-tschechoslowakischer Beistandspakt, die beide im Mai 1935 unterzeichnet wurden: diese bildeten die Grundlage, auf der die UdSSR im Herbst 1938 bereit war, der CSR bei einem Angriff Hitlerdeutschlands militärische Unterstützung zu geben.

Es zeigte sich in der Folge, dass das neue Verhältnis zu den »Westmächten« weniger stabil und belastbar war als erhofft: Großbritannien und Frankreich waren nicht bereit, sich auf eine Politik der kollektiven Sicherheit, des gemeinsam durchzusetzenden »Containment« der deutschen Expansionsbestrebungen einzulassen und verfolgten statt dessen weiterhin eine Politik des »Appeasement«, des Nachgebens vor dessen Forderungen, um so aus ihrer Sicht einen erneuten Krieg in Europa verhindern zu können. Sie konnten sich dabei in den Anfangsjahren auf eine breite Zustimmung in ihrer Bevölkerung stützen – diese wollte keinen neuen Krieg und war in ihrer Mehrheit nicht bereit, eine konfrontative Politik gegenüber Deutschland zu unterstützen: sie hatte 1914 erlebt, wohin das führte.

Dieser Krieg wurde jedoch immer wahrscheinlicher: mit der Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur waren die bisherigen finanziellen, rechtlichen und politischen Schranken für eine ungehemmte Aufrüstung gefallen – die Militärs erstellten ihre Pläne und Hitler genehmigte sie alle. Diese Politik stieß bald an die

² Dokumenty Vneshnei Politiki SSSR, Vol. 16, Moskau 1970, abgedruckt bei Roberts, S. 265-266

personellen, wirtschaftlichen und finanziellen Grenzen Deutschlands. Die Entscheidung »wie weiter?« – sie war beileibe kein einsamer Entschluss Hitlers – war eindeutig: Das Rüstungstempo musste beibehalten werden.

»Man hat nun genug Zeit gehabt, in 4 Jahren festzustellen, was wir nicht können. Es ist jetzt notwendig, auszuführen, das, was wir können.

Ich stelle damit folgende Aufgabe:

- 1. Die deutsche Armee muss in 4 Jahren einsatzfähig sein.*
- 2. Die deutsche Wirtschaft muss in 4 Jahren kriegsfähig sein.«³*

Erreicht werden sollte dies durch strikte Devisenbewirtschaftung und Importkontrollen sowie die Ersetzung importierter durch heimische Rohstoffe und Produkte der chemischen Industrie, vor allem bei Erdöl und Kautschuk. Zuständig war eine Vierjahresplanbehörde unter Göring, dessen Mitarbeiterstab aus führenden Managern der großen Industriekonzerne bestand: die Kooperation der Industrie war damit gesichert, sie lenkte sich selbst.

Appeasement

Der Erfolg war begrenzt. Ende 1937 stand das Reich vor der Pleite: die Exporte waren nicht mehr in der Lage, die Rohstoffimporte zu finanzieren, die Rüstungspläne konnten mit der vorhandenen Produktionskapazität nicht erfüllt werden. Zudem entzog der personelle Ausbau der Wehrmacht der Wirtschaft Arbeitskräfte, die nicht mehr wie bislang durch Arbeitslose ersetzt werden konnten. Sollte der bisherige Kurs fortgesetzt werden, war Hitlerdeutschland darauf angewiesen, die Mittel dazu anderweitig zu beschaffen: als Beute aus erfolgreichen Eroberungen.

Die Entscheidung fiel wiederum für eine Fortsetzung des Rüstungskurses – die Konsequenz, Eroberung und womöglich Krieg, wurde akzeptiert. Im März 1938 wurde als erster Staat Österreich besetzt und annektiert. Die Beute war beträchtlich: allein die Österreichische Nationalbank verfügte über das Zehnfache der Devisenbestände des zehnmal größeren Deutschen Reiches, die Rohstoffvorkommen und Industriebetriebe zusammen mit mehr als 100.000 Arbeitslosen konnten für die Fortsetzung der Produktionspläne genutzt werden. Das reichte ein paar Monate – im Herbst 1938 wurde die nächste Eroberung fällig: die Tschechoslowakei und hier zuerst die deutschsprachigen sogenannten »Sudetengebiete«.

Die Tschechoslowakei war allerdings nicht nur ein bedeutender Industriestaat mit beträchtlichen Rohstoffvorkommen, sondern war auch mit Frankreich und der UdSSR durch zwei Beistandsverträge verbunden. Der Konflikt konnte also zu einem europäischen Krieg werden – und Hitlerdeutschland ließ erkennen, dass es

³ Zit. nach: Wilhelm Treue, Hitlers Denkschrift zum Vierjahresplan, in: VjfZG 3 (1955, H.2) S.210 - https://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_2_5_treue.pdf (07.05.2021)

diesen notfalls führen würde (es musste bereit sein, ihn zu führen – man brauchte die Beute). Am 5. September bekräftigte das sowjetische Außenministerium in einer offiziellen Note an Frankreich »die Entschlossenheit der UdSSR, im Falle eines deutschen Angriffs auf die Tschechoslowakei gemeinsam mit Frankreich allen seinen Verpflichtungen aus dem sowjetisch-tschechoslowakischen Vertrag nachzukommen«. Moskau wollte nicht das Risiko eingehen, alleine und mit einem unfreundlichen Polen an seiner Westgrenze in einen Krieg mit Deutschland verwickelt zu werden – zu einer Zeit, als in Fernost ein Krieg mit Japan, das seit 1937 Krieg in China führte, durchaus möglich erschien.

Großbritannien und Frankreich waren ebenfalls nicht bereit, Hitlers Vorgehen gegen die Tschechoslowakei einfach hinzunehmen – ihr Ziel war nicht unbedingt ein Rückzieher Deutschlands, sondern eine abschließende Regelung der deutschen Ansprüche und eine friedliche Wiedereingliederung Hitlerdeutschlands in die europäische Staatenwelt. Zumindest aber wollten sie Zeit gewinnen, notfalls auf Kosten Prags. Sie wollten 1938 keinen Krieg führen, sie waren im Gegensatz zum Dritten Reich dazu noch nicht bereit und fähig: Dem von den Briten befürchteten Großangriff der Luftwaffe auf London unmittelbar nach Kriegsbeginn hätte man nur ein paar Staffeln Hurricanes und eine Staffel Spitfires (die meist in der Werkstatt standen) entgegenzusetzen gehabt, von der seit 1935 geplanten Luftraumüberwachung durch Radar waren gerade mal fünf Stationen in Betrieb. Frankreich befand sich in einem noch schlechteren Zustand: seit 1929 war ein Großteil des Militärbudgets durch den Bau der Maginotlinie gebunden, 1938 befanden sich die neuen Waffen meist noch auf dem Zeichenbrett. Dazu kam eine grandiose Fehleinschätzung der deutschen militärischen Möglichkeiten durch die Westmächte.

Auch der Zustand der Sowjetunion war nicht dazu angetan, Zuversicht zu verbreiten: zum einen hatten die 1935/36 einsetzenden Massenverhaftungen und Prozesse gegen »Staatsfeinde« nicht eben zu einem positiven Bild der UdSSR im westlichen Ausland beigetragen, sondern die Ablehnung regierender Politiker wie etwa Neville Chamberlain noch verstärkt, zum andern wollte nach der beschönigend als »Säuberung« bezeichneten Verhaftung eines Großteils der militärischen Führung niemand auf die Kampfkraft und -fähigkeit sowjetischer Einheiten vertrauen.

Die Lösung bestand in einer Konferenz am 29. – 30. September 1938 in München, an der nicht die Tschechoslowakei und ihr sowjetischer Verbündeter, wohl aber der italienische Verbündete Hitlers – als offiziell Einladender – beteiligt war. Die vier Mächte präsentierten dem tschechischen Präsidenten Benes ihre Forderung nach einem sofortigen Abzug aus den abzutretenden »Sudetengebieten«. Eine über die Prager Botschaft an Moskau gerichtete Frage, was die UdSSR im Falle einer Ablehnung der Forderung zu tun gedenke, folgte unmittelbar ein Telegramm von Benes, das die Annahme der Bedingungen verkündete.



»Kein Stuhl für mich?« Karikatur von David Low zum Münchner Abkommen, *Evening Standard* 30.09.1938; Quelle: Associated Newspapers Ltd.

Gleichzeitig besetzten polnische Einheiten das Gebiet von Těšín – mit stillem Einverständnis Deutschlands, das seit Januar 1934 einen Nichtangriffspakt mit Polen hatte. Dieses Einverständnis lag auf einer Linie mit den Versuchen Hitlerdeutschlands, Polen als Verbündeten für seine »Lebensraum«-Pläne in der Sowjetunion zu gewinnen. Die Rolle, die man Polen dabei zgedacht hatte, war allerdings nicht die eines gleichberechtigten Verbündeten, sondern die eines von den Zielen deutscher Großmachtpolitik abhängigen Vasallenstaates – und dazu war Polen nicht bereit. Am 1. April 1939 erteilte Hitler die formelle Weisung, einen Feldzug zur Niederwerfung Polens noch im Herbst 1939 vorzubereiten.

München war für die sowjetische Außenpolitik ein Schock – sie sah sich in der Folge als weitgehend »isoliert und schutzlos«⁴, sah aber keine Alternative. Stalin hatte dazu am 10. März 1939 auf dem Parteitag der KPdSU(B) erklärt,

»Aufgaben der Partei auf dem Gebiet der Außenpolitik sind:

1. die Friedenspolitik fortzusetzen und Handelsbeziehungen mit allen Ländern auszubauen;

⁴ Richard Overy, *Russlands Krieg*, s. 80

2. *vorsichtig zu sein und nicht zuzulassen, daß unser Land durch Kriegstreiber in einen Konflikt gezogen wird, die daran gewöhnt sind, daß andere für sie die Kastanien aus dem Feuer holen;*⁵

Diese Feststellung zeigt, die Sowjetunion hoffte aber immer noch auf eine Rückkehr der Westmächte zu einer Politik der kollektiven Sicherheit – denn wie sonst sollte den Forderungen des »aggressiven Blocks der imperialistischen Mächte« entgegengetreten werden, sie zeigt aber auch das wachsende Misstrauen gegenüber der Politik Großbritanniens und Frankreichs und das unbedingte Bestreben, sich nicht ohne feste Bündniszusagen seitens dieser in einen Krieg verwickeln zu lassen – wenn Kastanien aus dem Feuer geholt werden sollten, dann mussten sich auch London und Paris die Finger verbrennen.

Die Besetzung Prags durch deutsche Truppen am 15. März 1939 – die Rüstung brauchte neue Beute – veränderte die Situation erneut: erstmals hatte Nazi-deutschland nichtdeutsches Gebiet besetzt. Als erste Reaktion schlug Litwinov auf eine Anfrage Großbritanniens eine gemeinsame Konferenz der Westmächte, der UdSSR sowie Rumäniens und Polens vor – statt dieser erfolgte am 31. März eine einseitige Garantieerklärung der britischen Regierung für die staatliche Existenz Polens. Ivan Maisky, der sowjetische Botschafter in London, kommentierte diese:

»Was kann Großbritannien wirklich für Polen und Rumänien im Falle eines deutschen Angriffs tun? Sehr wenig. Ehe eine britische Blockade zu einer ernsten Gefahr für Deutschland wird, werden beide Länder aufgehört haben zu existieren.«⁶

Nichtangriffsvertrag

Als Alternative dazu überreichte am 17. April Außenminister Litwinov dem britischen Botschafter einen sowjetischen 8-Punkte-Vorschlag für einen Beistandspakt zwischen der UdSSR, Großbritannien und Frankreich:

1. Dass England, Frankreich und die UdSSR einen Vertrag schließen für die Dauer von 5 oder 10 Jahren, durch den sie sich verpflichten, einander im Falle einer Aggression gegen eine der vertragschließenden Parteien umgehend jegliche Art von Hilfe, einschließlich militärischer Art, zu leisten.
2. Dass England, Frankreich und die UdSSR bereit sind, den osteuropäischen Staaten zwischen Ostsee und Schwarzem Meer, die eine Grenze mit der UdSSR haben, jegliche Untersetzung einschließlich militärischer Natur im Falle einer Aggression gegen diese Staaten zu leisten.

⁵ Zit. 100(0) Schlüsseldokumente zur russischen und deutschen Geschichte, https://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_ru&dokument=0023_kas&l=de (11.05.2021)

⁶ Zit. Roberts, S. 120;

3. Dass England, Frankreich und die UdSSR bereit sind, in kürzester Frist das Ausmaß und die Form militärischer Unterstützung, die von jedem dieser Staaten in Erfüllung der Punkte 1. und 2. zu leisten ist, zu beraten und festzulegen.⁷

Damit hatte sich für die sowjetische Seite der Charakter ihrer Politik verändert: Das Ziel, so der britische Historiker Richard Overy, war nicht mehr ein Vertrag zur kollektiven Sicherheit, sondern ein Vertrag zur gegenseitigen Verteidigung gegen einen deutschen Angriff. Die Briten lehnten dies erst einmal ab. Neville Chamberlain befürchtete, damit würden künftig Verhandlungen mit Deutschland unmöglich und bemerkte: »Ich kann mich nicht des Verdachts erwehren, dass sie [die Russen] sich vor allem darum bemühen zu erreichen, dass die »kapitalistischen« Mächte sich gegenseitig zerfleischen während sie sich heraushalten«.

In den folgenden Monaten waren sowohl London als auch Moskau bemüht, sich andere Optionen offenzuhalten: so konnte sich Chamberlain immer noch vorstellen, über Danzig zu einer Einigung mit Deutschland zu kommen, hatte mittlerweile allerdings einen Großteil der Bevölkerung und einen wachsende Zahl seiner Abgeordneten und Regierungsmitglieder gegen sich. Trotzdem liefen noch im Juli in London inoffizielle Gespräche mit Helmuth Wohltat, einem führenden Beamten der deutschen Vierjahresplanbehörde über eine mögliche Verständigung. Sie blieben ohne Ergebnis – die Presse hatte die Inhalte der Gespräche veröffentlicht und damit eine Fortführung verhindert.

Auch die UdSSR war angesichts des bisherigen Verhaltens der Westmächte nicht mehr bereit, sich allein auf eine Option zu stützen. Über den Anlass, die sowjetischen Verträge mit tschechischen Firmen zu regeln, wurde ein erneuter Gesprächskanal mit Deutschland geöffnet – der blieb aber, so lange die UdSSR noch eine Chance für ein Bündnis mit den Westmächten sah, unverbindlich und auf Handelsfragen beschränkt: erst Ende Juli war Wjatscheslaw Molotow, der im Mai Maxim Litwinow als Außenminister abgelöst hatte, bereit, nachfragen zu lassen, wie das Deutsche Reich denn die bisherigen Angebote zu konkretisieren gedenke.

Im Juli 1939 waren die Verhandlungen mit den Westmächten in eine Sackgasse geraten: die UdSSR, so der britische Historiker Geoffrey Roberts, »würde nichts außer einem vollständigen wasserdichten militärischen und politischen Abkommen« zustimmen, während vor allem Großbritannien darauf bedacht war, sich notfalls einen Ausweg aus dem Vertrag zu sichern: »die Möglichkeit, unsere Beziehungen zu den Sowjets zu ändern wenn wir wollen«, wie sich Neville Chamberlain ausdrückte.

Zwar stimmte London am 23. Juli den sowjetischen Vorschlägen zu, die Verhandlungsdelegation aber, welche die finalen Gespräche führen sollte, ließ auf sich

⁷ Zit. Roberts, S. 265;

warten – sie erreichte schließlich am 10. August den Hafen von Leningrad. Am 12. August begannen schließlich die entscheidenden Verhandlungen in Moskau.

Der britische Chefunterhändler Admiral The Honourable Sir Reginald Aylmer Ranfurly Plunkett-Erle-Drax war zwar der Marineadjutant von König George VI., hatte aber, wie Richard Overy schreibt, »nicht einmal eine Seite schriftlicher Anweisungen. Er konnte bestenfalls nach London berichten, nicht aber einem Vertrag zustimmen.« Seinem französischen Kollegen General Joseph Doumenc ging es nicht viel besser. Sie saßen der sowjetischen Delegation unter dem Volkskommissar für Verteidigung gegenüber, die außer den erforderlichen Vollmachten auch eine präzise Aufstellung der militärischen Mittel vorlegte, welche die UdSSR zur Verfügung stellen würde. Voraussetzung war die Zustimmung, ihre Truppen im Falle eines deutschen Angriffs über das Gebiet von Polen und Rumänien vorrücken zu lassen. Dazu konnten weder Briten noch Franzosen irgendwelche Zusagen geben – am 21. August wurden die Verhandlungen auf unbestimmte Zeit vertagt.

Parallel dazu waren seit dem 17. August Verhandlungen zwischen der UdSSR und Hitlerdeutschland über einen Nichtangriffsvertrag und eine Aufteilung der Interessensphären im Gange – vor dem Hintergrund des als Manöver getarnten Aufmarsches der deutschen Angriffstruppen an der polnischen Westgrenze. Zu diesem Zeitpunkt, so Richard Overy, bestand keine realistische Hoffnung mehr auf ein erfolgreiches Abkommen mit den Westmächten, die UdSSR hätte im kommenden Krieg alleine einer in Polen siegreichen Wehrmacht gegenübergestanden – und das zu einer Zeit, in der gleichzeitig ein Krieg mit Japan durchaus möglich war: die Kämpfe bei Kalchin Gol waren gerade in vollem Gang, sie endeten erst nach der Vernichtung der japanischen Angriffstruppen mit einem Waffenstillstand am 16. September 1939 – ein Tag vor dem Einmarsch der Roten Armee in Ostpolen.

Der in der Nacht von 23. auf den 24. August in Moskau unterzeichnete Vertrag bot Hitlerdeutschland etliche Vorteile: Er schloss eine britisch-französisch-sowjetische Allianz gegen Berlin und damit die Gefahr eines Zweifrontenkrieges vorerst aus, würde also die militärischen Operationen vereinfachen und womöglich ein Eingreifen der Westmächte überhaupt verhindern. Die im Zuge der Verhandlungen abgeschlossenen Handelsverträge erleichterten die Rohstoffsituation und verschafften dem Reich ein Polster, mit dessen Hilfe der nächste Feldzug vorbereitet werden konnte.

Der Vertrag war allerdings keine Voraussetzung für die Entfesselung des Krieges – der deutsche Angriff war beschlossen, lange bevor sich überhaupt eine Möglichkeit ergab zu Gesprächen oder gar ernsthaften Verhandlungen in Moskau. Die Frage, vor der die Regierung des nationalsozialistischen Deutschlands im Sommer des Jahres 1939 stand, war nicht die von Krieg oder Frieden – sie lautete: Krieg oder Zusammenbruch. Die Antwort war vorgegeben und entsprechend eindeutig:

seit 1933 hatten sich Reichsregierung, Militärs und Industrie bei jedem kritischen Moment – 1933, 1936, 1937, 1938 und zuletzt am 01.04.1939 – für eine Verschärfung des Rüstungstempos und damit der Kriegsvorbereitungen und gegen eine »friedliche« Politik im außenpolitischen und wirtschaftlichen Bereich entschieden. Es musste Beute gemacht werden – und das hieß: Krieg und Eroberung. Zuerst in Polen und dann im Westen – egal ob mit oder ohne Nichtangriffsvertrag.

Für die Sowjetunion bot der Vertrag immerhin zwei Vorteile: er gab der UdSSR Sicherheit vor einer für möglich gehaltenen Einigung Nazideutschlands mit den Westmächten und bot über das geheime Zusatzprotokoll mit der Aufteilung der Interessensphären in Osteuropa und im Baltikum eine zusätzliche Sicherheit gegen den seit 1933 erwarteten Angriff ebendieses Vertragspartners. Die Sowjetunion konnte damit den Startpunkt für einen deutschen Angriff um mehrere hundert Kilometer von ihren wirtschaftlichen Kerngebieten und Bevölkerungszentren nach Westen verschieben: ein deutscher Angriff konnte nun nicht mehr von Narva aus knappe 160 km vor Leningrad beginnen, sondern musste von Memel (Klaipeda) her angreifend eine Distanz von 880 km und mehrere große Flüsse überwinden – Entfernungen, die sich 1941 als entscheidend erweisen sollten. Das wurde von Zeitgenossen wie dem französischen Außenminister Bonnet auch anerkannt: Russland habe das Motiv gehabt, dass »sich die Feindseligkeiten möglichst weit von seiner Hauptstadt entfernt abspielten«. Auch der deutsche Historiker Rolf-Dieter Müller stellte fest, dass die UdSSR genau jene Gebiete besetzte, die von der Wehrmacht als »Rollbahnen für einen Angriff gegen die UdSSR« vorgesehen waren.

Die im geheimen Zusatzprotokoll festgelegte (und in einem ebenso geheimen Zusatzprotokoll zum Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28.09.1939 nach der Eroberung Polens nochmals leicht veränderte) Aufteilung der Interessensphären in Osteuropa und die darauffolgende Annektierung dieser Gebiete durch die UdSSR im Juni 1940 zur Zeit des deutschen Sieges in Frankreich war für die betroffene Bevölkerung, vor allem in den bis dahin selbständigen Staaten im Baltikum, eine Katastrophe – der ab dem 22. Juni 1941 eine noch größere und tödlichere folgen würde: Denn es war auch ihr Boden, der »germanisiert« werden sollte.

Weiterführende Literatur

Georges Bonnet: **Vor der Katastrophe**; Köln 1951

Tim Bouverie: **Mit Hitler reden** (dt.); Hamburg 2021

Wilhelm Deist, Manfred Messerschmidt, Hans-Erich Volkmann, Wolfgang Wette: **Ursachen und Voraussetzungen des Zweiten Weltkrieges**; Frankfurt/Main 1989

Gabriel Gorodetsky (Hg): **Die Maisky-Tagebücher. Ein Diplomat im Kampf gegen Hitler** 1932 – 1943 (dt.); München 2016

Geoffrey P. Megargee: **Hitler und die Generäle** (dt.); Berlin 2006

Rolf-Dieter Müller: **Der Feind steht im Osten. Hitlers geheime Pläne für einen Krieg gegen die Sowjetunion im Jahr 1939**; Berlin 2011

Richard Overy: **Russlands Krieg 1941 – 1945** (dt.) Frankfurt/Main 2003

Kurt Pätzold, Günter Rosenfeld (Hg): **Sowjetstern und Hakenkreuz 1939 – 1941. Dokumente zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen**; Berlin 1990 (Akademie-Verlag)

Kurt Pätzold: **Der Überfall. Der 22. Juni 1941: Ursachen, Pläne und Folgen**; Berlin 2016

Geoffrey Roberts: **The Unholy Alliance. Stalin's Pact with Hitler**; London 1989

Norbert Schausberger, **Der Griff nach Österreich**, 3. Aufl; Wien 1988

Adam Tooze: **Ökonomie der Zerstörung** (dt.); Berlin 2007

Feindbild »Russland« und der 22. Juni 1941⁸

Manfred Weißbecker

Welche Rolle das Feindbild »Russland« für den Weg zum Überfall auf die UdSSR gespielt hat, sei hier in gebotener Kürze in drei thesenartig formulierten Punkten angedeutet sowie durch einige Bemerkungen zu seinem Wirken im Krieg ergänzt:

Eine erste These gilt der Tatsache, dass ein nationalistisch-rassistischer Russenhas nicht erst seit 1933, auch nicht erst seit der Gründung der NSDAP im Jahre 1920 festzustellen ist. Bekanntlich vollzog sich am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine rigorose Abkehr von Idealen der Verständigung und Zusammenarbeit mit Russland. Der vom Wilhelminischen Deutschland angestrebte »Platz an der Sonne« ließ sich nur auf Kosten anderer erreichen, und der Spruch vom »deutschen Wesen«, an dem die Welt genesen solle, ließ einen völkischen, d.h. einen sich terroristisch und rassistisch färbenden Nationalismus erkennen, gerichtet vor allem gen Osten. So schuf im ersten Jahr des Weltkrieges ein deutscher Künstler eine Medaille, die den nackten Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg mit erhobenem Schwert stehend über den darniederliegenden russischen Bären zeigt. Zwar sah sich vor allem der Sieger in der Schlacht von Tannenberg als »Befreier Ostpreußens« glorifiziert, doch die Art der Darstellung ließ zugleich den Willen zum Töten, zum Zerstören, zum Vernichten des russischen Bären, aber auch der anderen Konkurrenten erkennen. Die Pläne des Generals Erich Ludendorff für das deutsche Friedensdiktat von 1917 umfassten sogar weit mehr als das schließlich im Brester Frieden Erreichte und zielten auf ein dem Deutschen Reich angeschlos-



Der russisch-bolschewistische Kulturzerstörer: Antikommunistisches Plakat 1919; Quelle: Alamy Stock Foto

⁸ Belege für alle Zitate enthält der hier gekürzte und überarbeitete Beitrag des Verfassers: Russophobie in der ideologischen Vorbereitung des Überfalls auf die UdSSR. In Manfred Weißbecker: Noch einmal über die Bücher gehen. Texte aus einem geteilten Historikerleben, Köln 2020, S 221-233.

senes Ostimperium. Das Russlandbild preußisch-deutscher Militärs lässt sich nicht anders als terroristisch und rassistisch, gewissermaßen auch als präfaschistisch charakterisieren.

Nach dem Ersten Weltkrieg kam das Feindbild »Russland« verstärkt in antikommunistischer und antisowjetischer Gestalt daher. Es unterstellte den Russen – eigentlich allen Slawen – einen naturgegebenen barbarischen, also genetisch unveränderbaren Charakter. Alles Russische, so wurde behauptet, entstamme sowohl byzantinischer Orthodoxie als auch tatarisch-asiatischem Despotismus. Zudem strebe es generell zu tyrannischen Herrschaftsformen und führe kontinuierlich zu aggressiven Expansionsgelüsten, gerichtet gegen ein Europa, dem Russland nicht zugehöre. Einander gegenübergestellt sahen sich die germanischen »Guten« und die slawischen »Bösen«, gipfelnd in der Idee, dass einerseits zu Herrschaft befähigte Menschen existieren würden und andererseits Menschen von geringerer Wertigkeit. Nationalistische Selbstüberhebung und antirussische Vorurteile sowie gängige Klischeevorstellungen verzerrten in hohem Maße der Realität entsprechende Sichtweisen, selbst wenn man sich auf einige, zumeist einseitig ideologiegeprägte Sachinformationen sowie auf geschichtliche Erfahrungen zu stützen schien.

Eine zweite These besagt: Das Feindbild »Russland« der Nazis basierte letztlich auf den Konzepten einer »Ostexpansion« deutscher Großkonzerne, Militärs und Politiker, die durch ein entsprechendes wissenschaftliches Umfeld an Universitäten und Schulen sowie eines Teils der Weimarer Medienlandschaft gestützt und weiter propagiert wurden. Ohne das Denken völkischer und konservativer Theoretiker ist Hitlers Russlandpolitik und die der NSDAP undenkbar, auch wenn sich in der NSDAP kurzzeitig sogenannte »nationalbolschewistische« Stimmen Gehör verschaffen konnten: Gregor Strasser etwa hatte eine Debatte zum Thema »Russland und wir« eröffnet und für eine prorussische Einstellung seiner Partei die Parole ausgegeben: »Das deutsche Mitteleuropa – im Kampf gegen den Westen, mit vorläufiger Unterstützung des Ostens!« Aber man beachte: Vorläufig. Und es ging keineswegs nur um Mitteleuropa – denn, so tönte Goebbels 1926: *»Ich bin Deutscher! Ich will, dass Deutschland die Welt ist.«*

Das Bild von Russland, mit dessen Hilfe Hitler in dem langen Kapitel »Ostorientierung oder Ostpolitik« seines Buches »Mein Kampf« die Eroberung von Land im Osten rechtfertigte, ging von konservativ-völkischen Vorstellungen aus, denen sich politische und ideologische Sichtweisen zu- und unterordneten. Das von Hitler hier sowie am 3. Februar 1933 vor deutschen Generälen formulierte Ziel einer Eroberung und Kolonialisierung des Landes der Russen durch die Deutschen, prägte schließlich nahezu alle Russlandbilder des deutschen Faschismus, unabhängig von allem taktierenden und zeitweise friedensdemagogischen Verhalten gegenüber der als »jüdisch-bolschewistisch« charakterisierten Sowjetunion.

Eine dritte These: Feindbilder gehen generell Hand in Hand mit politischem Aktionismus. Sie verlangen gleichsam kategorisch gewaltsames Handeln. Geforderte Abwehrreflexe paaren sich mit angebotenen Lösungswegen, die angeblich zu Erfolgen führen, würde man nur aktiv und konsequent genug handeln. Ohne bereits den »Plan Barbarossa« oder den berüchtigten »Generalplan Ost« im Auge gehabt zu haben, entfaltete sich seit Mitte der 20er Jahre das feindselige, rassistisch-militant und antibolschewistisch geprägte Russlandbild der Nazis als konstitutiver Bestandteil ihrer Eroberungspolitik. Und zu dieser gehörte mehr und mehr eine wachsende Bereitschaft zum Töten anderer Menschen, zu einer Vernichtungspolitik sondergleichen.

Von »Untermenschen« wurde gesprochen, die es zu bekämpfen gelten würde. Eine 1935 vom SS-Hauptamt beim Reichsführer SS herausgegebene Schrift enthielt die Behauptung, der Bolschewismus sei der von den »Juden organisierte und geführte Kampf des Untermenschentums« – das waren für die SS-Autoren Polen, Tschechen, Russen und Ukrainer. Erläuternd hieß es: »Der Untermensch – jene biologisch scheinbar völlig gleichgeartete Naturschöpfung mit Händen, Füßen und einer Art von Gehirn, mit Augen und Mund, ist doch eine ganz andere, eine furchtbare Kreatur, ist nur ein Wurf zum Menschen hin, mit menschenähnlichen Gesichtszügen – geistig, seelisch jedoch tieferstehend als jedes Tier. Im Inneren dieses Menschen ein grausames Chaos wilder, hemmungsloser Leidenschaften: namenloser Zerstörungswille, primitivste Begierde, unverhüllteste Gemeinheit. Untermensch – sonst nichts!« Damit lieferte Himmler eine rassistische Lizenz zum Töten von Menschen, deren Existenz für »entartet«, unnatürlich, wertlos und überflüssig angesehen wurde.

Der antibolschewistische Propagandakrieg, den die NSDAP Mitte der 1930er Jahre führte, verknüpfte sich eng mit einer auf den behaupteten Volkscharakter bezogenen abwertenden Argumentation. Da wurde von einer »rassisch-völkischen Bedingtheit der bolschewistischen Revolution« geredet. Da wurde postuliert, in Russland sei eine Vermischung von »nordisch bestimmte(m) Charakter« und »mongolisch-asiatischen Instinkten« vor sich gegangen, wodurch das Wesen des Russentums geprägt worden sei. Da hieß es, im Laufe der Zeit habe sich eine »Bastardisierung« der charakterschwach gewordenen Russen vollzogen. Und immer wieder tauchte auch die Behauptung auf, die Russen seien dank ihres »Zerstörerinstinkts« nicht zu staatenbildender Kraft in der Lage gewesen. Sie hätten also, um bedeutsam zu werden, einer Vorherrschaft von Normannen und Deutschen bedurft.

So absonderlich und abstrus dieser antibolschewistische Propagandakrieg auch gewesen sein mag, seine Inhalte drangen tief in die Köpfe der meisten Deutschen ein. Den Nazis gelang es, ihre von nationalistisch-rassistischer Selbstüberhebung und verbrecherischer Aggressivität gekennzeichneten Feindbilder gebetsmühlenartig massenwirksam zu machen. Sie schufen inhaltlich nichts Neues, verstärkten

und vertieften aber die in den Köpfen bereits vorhandenen Feindbilder. Da störten schließlich auch jene Verwirrungen und Dissonanzen nicht, die es in Deutschland für rund zwei Jahre nach dem Abschluss des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes am 23. August 1939 gab. Das antirussische Weltbild wurde nicht durch ein anderes ersetzt. Goebbels notierte in sein Tagebuch, die Frage des Bolschewismus sei »im Augenblick von untergeordneter Bedeutung«, man sei in der Not und fresse »des Teufels Fliegen«. Rosenbergs Beamte hatten im November 1939 gemahnt, es sei nicht nötig, antibolschewistische Literatur »voreilig aus dem Buchhandel zurückzuziehen oder sie sogar einstampfen zu lassen«. Arroganz und Selbstüberhebung ließen allerdings selbst in der Zeit der unmittelbaren Vorbereitung des Überfalls auf die UdSSR nicht einmal ansatzweise ein realitätsnahes Russlandbild zu. Das, was im Dritten Reich als sogenannte »Sowjetforschung« betrieben wurde, verbaute der Naziführung selbst jeden einigermaßen realistischen Blick auf die UdSSR.

Vielmehr entstanden auf dieser Grundlage »Beute«-Pläne in großer Zahl, ganz im Sinne Hitlers, der am 16. Juli 1941 meinte, es komme nun darauf an, den »riesenhaften Kuchen handgerecht zu zerlegen, damit wir ihn erstens beherrschen, zweitens verwalten und drittens ausbeuten können.« Im Kampf gegen Russland, so erläuterte Joseph Goebbels im Sommer 1942, handele es sich um einen »Krieg für Getreide und Brot, für einen vollgedeckten Frühstücks-, Mittags- und Abendtisch, [...] um Gummi, um Eisen und Erze«.

Dementsprechend erwies sich das in den ersten Jahren des Krieges verbreitete Russlandbild als ein in allerschwärzesten Farben gemaltes. Es lag der großen Ausstellung mit dem Titel »Sowjetparadies« zugrunde und spiegelte sich in gern veröffentlichten Feldpostbriefen aus dem Osten. Die faschistisch-rassistischen Deutungsmuster radikalisierten sich weiter. So verkündete der Völkische Beobachter am 19. Juli 1941, es gäbe keine »Russen im eigentlichen Sinne« mehr. Es sei mit dem »Sowjetmenschen« eine neue Rasse entstanden. Von Rosenberg stammt die Einschätzung, Deutschland »stehe die Steppe plus Slawe plus europäischer Technik gegenüber, der berittene Mongole und der motorisierte Untermensch«. Dies schlug durch bis in Unmenschlichkeit auf Stammtischniveau, wie der Ausspruch eines Nazi-Kreisleiters zeigte: »Ich sehe jedenfalls ein unterernährtes rachitisches Russenkind lieber als ein gut genährtes gesundes, vollbusiges Russenweib.«

Indessen: Der Krieg dauerte länger als geplant. Es gab Niederlagen, Frontlinien mussten »begradigt« werden, zunehmend fehlten der deutschen Rüstungsindustrie Arbeitskräfte. Die allzu schlichten Negativ-Klischees mussten sich spätestens seit der verlorenen Schlacht um Stalingrad an der militärischen Realität messen lassen. In der Führung der NSDAP brach ein intern geführter Streit aus: Denkschriften kursierten, deren Autoren die Frage aufwarfen, ob man die Russen nicht besser als »Helfer« gewinnen solle statt sie weiter als »Heloten« zu behan-

deln. Geplant war eine »Proklamation an die Ostvölker«. In ihr sollte Anfang 1943 verkündet werden, Deutschland würde sich für eine »Gleichberechtigung der Ostvölker in der europäischen Völkerfamilie« einsetzen. Zu ihrer Veröffentlichung kam es jedoch nicht. Hitler bezeichnete in seiner Rede zum 10. Jahrestag seiner Erhebung zum Reichskanzler die Russen ganz im Stile der bislang geführten »Bestien«-Kampagne stattdessen als »Halbaffen auf Panzern«.

Erst nach den schweren Niederlagen der Jahre 1943 und 1944 begann man, nach pragmatischen Lösungen zu suchen. So kam es nach langem Zögern und Hinhalten zur Formierung der Wlassow-Armee, in der antikommunistische und nationalistisch denkende sowjetische Kriegsgefangene an die Seite von Wehrmacht und SS traten. Doch selbst in den kriegsbedingt als »nützlich« betrachteten Kollaborateuren sahen viele nach wie vor nur die politisch, geistig und rassisch minderwertigen »Heloten«.

Mit der Befreiung der Völker vom Joch faschistischer Herrschaft und Kriegführung, zu der die so gedemütigten und diskreditierten Russen wesentlich beitrugen, endete in Deutschland jedoch nicht die Bereitschaft, sich vom Feindbild »Russland« völlig zu lösen. Leider, denn die Geschichte belegt: Was einmal in der Welt war, kann weiter existieren, unerschwellig und heuchlerisch überdeckt oder offen vertreten. Jederzeit macht Hass blind, gegen wen auch immer gerichtet.

Weiterführende Literatur:

Hannes Hofbauer: **Feindbild Russland. Geschichte einer Dämonisierung**, Wien 2016

Russen und Deutsche. Alte Feindbilder weichen neuen Hoffnungen, hrsg. von Horst-Eberhard Richter, Hamburg 1990

Wolfram Wette: **Das Russlandbild in der NS-Propaganda. Ein Problemaufriss**. In: **Das Russlandbild im Dritten Reich**, hrsg. von Hans-Erich Volkmann, Köln 1994, S. 55 – 78; darin auf S. 9 – 54 der Beitrag von Manfred Weißbecker: »Wenn hier Deutsche wohnten...« Beharrung und Veränderung im Russlandbild Hitlers und der NSDAP

Wolfram Wette: **Die Wehrmacht. Feindbilder, Vernichtungskrieg**, Legenden, Frankfurt/Main 2005

Wolfgang Wippermann: **Die Deutschen und der Osten. Feindbild und Traumland**, Darmstadt 2007

Kriegs- und Ausbeutungsplanungen des Deutschen Reichs im Krieg gegen die Sowjetunion

Johannes Spohr

Am 22. Juni 1941 begann das Deutsche Reich mit dem Überfall auf die Sowjetunion einen Raub-, Eroberungs-, und Vernichtungskrieg, dessen Entwicklung bereits mit dem Polenfeldzug 1939 vorweggenommen wurde.

Zu den zentralen Zielen der NS-Kriegsführung in Osteuropa gehörten die Vernichtung der »jüdisch-bolschewistischen« Führungsschicht sowie Jüdinnen und Juden im Allgemeinen ebenso wie die Gewinnung von »Lebensraum im Osten«. Dieses Konzept hatte sich seit der deutschen Reichsgründung entwickelt und trat nun in Gestalt eines aggressiven und rassistischen Ostimperialismus auf. Es beinhaltete die Dezimierung und Unterwerfung der slawischen Bevölkerung. Wie die NS-Strategen ihre Konzepte ausbuchstabierten, wird im Folgenden anhand zentraler Beispiele verdeutlicht.

»Hungerplan«

Die Nationalsozialisten wollten – basierend auf den Erfahrungen des Ersten Weltkrieges – um jeden Preis sicherstellen, dass eine ausreichende Ernährung der Soldaten während des Feldzuges gegen die Sowjetunion stets gesichert war. Schmolzen die ohnehin geringen Erzeugnisse aus der Agrarproduktion im Deutschen Reich seit Beginn des Zweiten Weltkrieges weiter zusammen, so war auch in der zu erobernden Sowjetunion eigentlich nicht mit Überschüssen zu rechnen. Daher sahen die Pläne der damit betrauten Strategen vor, die deutsche Armee auf Kosten der sowjetischen Bevölkerung zu ernähren und zudem Produkte ins Deutsche Reich abzutransportieren. Die Nachschubwege der Wehrmacht sollten entlastet und drei Millionen Soldaten »aus dem Lande« ernährt werden. Besondere Begehrlichkeiten weckte bei den Planern stets die »Kornkammer« Ukraine.

Die Organisation dieser Aushungerungspolitik wird vor allem mit zwei Namen verbunden: Herbert Backe und General Georg Thomas.

Backe, alter Parteigenosse, Agrarexperte in der NSDAP sowie Staatssekretär im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, versicherte Adolf Hitler, die Ernährungsprobleme des Deutschen Reiches zu lösen. Dafür plante er, die Lieferungen innerhalb der Sowjetunion zu unterbrechen. Die Bevölkerung in den großen Industriezentren in Mittel- und Nordrussland – darunter Moskau und Leningrad – sollten von den Lieferungen aus den Überschussgebieten des Südens

(»Schwarzerdegebiete«) abgeschnitten und die dabei geraubten Landwirtschaftserzeugnisse für die Versorgung der Wehrmacht und der deutschen Bevölkerung eingesetzt werden. In die »Geopolitik des Hungers« (Rolf-Dieter Müller) flossen auch die rassistischen und antisemitischen Vorstellungen ihrer Urheber ein. Zu den Konsequenzen der von ihm verantworteten wirtschaftlichen Ausbeutung in den besetzten sowjetischen Gebieten äußerte sich der Bevollmächtigte für den Vierjahresplan Hermann Göring gegenüber dem italienischen Außenminister Graf Galeazzo Ciano im November 1941: »In diesem Jahr werden in Russland zwischen 20 und 30 Millionen Menschen verhungern. Und vielleicht ist das gut so, denn gewisse Völker müssen dezimiert werden.« Dem Hungertod sollten vor allem die in der »Waldzone« in Mittel- und Nordrussland sowie Weißrussland und die städtische Bevölkerung der Sowjetunion allgemein überlassen werden.

Mit General Thomas hatte Backe einen Partner im Oberkommando der Wehrmacht (OKW). Dieser amtierte dort als Chef des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes. Thomas konnte Adolf Hitler 1941 von seinen Gedanken zum ökonomischen Nutzen des »Ostfeldzuges« überzeugen und wurde damit betraut, unter Hermann Göring einen eigenen militärischen Wirtschaftsapparat aufzubauen – den Wirtschaftsstab Ost. Zu diesem Gremium der Behörde »Wirtschaftsorganisation Ost«, deren Aufgabe in der Ausbeutung der besetzten sowjetischen Gebiete lag, gehörte auch der Landwirtschaftsapparat Backes. Am 2. Mai 1941 hält das Protokoll einer Besprechung der wichtigsten deutschen Staatssekretäre mit General Thomas fest, dass »der Krieg nur weiter zu führen [ist], wenn die gesamte Wehrmacht im 3. Kriegsjahr aus Russland ernährt wird. Hierbei werden zweifellos zig Millionen Menschen verhungern, wenn von uns das für uns Notwendige aus dem Lande herausgeholt wird.« Thomas konzentrierte sich auf die Erfassung von Rohstoffen, vor allem Erdöl, Kohle und Erzen, die der deutschen Kriegsproduktion zugutekommen sollten. Er hatte die gesamte Infrastruktur zu betreuen, die für den Raub möglichst großer Mengen dieser Güter als notwendig erachtet wurden. Dazu gehörte unter anderem die Förderung von Rohstoffen und die Sicherstellung ihres Abtransports.

Auch die Initiatoren des Massenmords an Jüdinnen und Juden integrierten den »Hungerplan« in ihre »Argumentation«. So propagierte Reinhard Heydrich, Chef des Reichssicherheitshauptamtes, diesen in einer Besprechung mit den Führern der »Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD« am 17. Juni 1941 als Sachnotwendigkeit und integrierte ihn in umfassende Vernichtungsplanungen.

Anstoß fanden die genannten Pläne bei dem Reichsleiter und späteren Reichsminister für die besetzten Ostgebiete, Alfred Rosenberg und einigen Mitstreitern, die ein anderes Ausbeutungskonzept verfolgten. Sie gedachten zumindest einen Teil der Bevölkerung in den besetzten Gebieten zur Aufrechterhaltung der Besatzung einzubeziehen. Mit diesen Ideen konnten sie sich jedoch nie gegen ihre Widersacher durchsetzen.



*Verpflegungslager der deutschen »Ordnungspolizei« in der Ukraine, Dezember 1942;
Quelle: Bundesarchiv Bild 121-1493, Fotograf(in): Scherer*

Ab 1941 radikalisierten sich also in einem Zusammenspiel von Wehrmacht und Wirtschaftsorganisation Ost die Ausbeutungspläne für den Feldzug gegen die Sowjetunion. Die Ideen des hier skizzierten »Hungerplans« kamen während des Krieges nicht in der geplanten Form zur Anwendung. Dennoch sorgten die deutsche Kriegsführung und Besatzungspolitik durch den rücksichtslosen Raub von Lebensmitteln und Agrarprodukten für massiven Hunger in den besetzten Gebieten.

»Generalplan Ost«

Eine Reihe von Dokumenten, die zwischen Februar 1940 und September 1942 entstanden sind, werden unter dem Begriff »Generalplan Ost« zusammengefasst. In ihnen sind die Pläne festgehalten, die das Planungsamt des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums (RKF), die Planungsgruppe III B im Amt III (SD-Inland) des Reichssicherheitshauptamtes der SS und das Institut für Agrarwesen und Agrarpolitik der Berliner Friedrich-Wilhelms-Universität in den besetzten Gebieten Osteuropas vor allem in einer zukünftigen Nachkriegszeit zu verwirklichen gedachten. Die im Auftrag des Reichsführers SS, Heinrich Himmler und

später des Reichsministers für die besetzten Ostgebiete, Alfred Rosenberg ausgearbeiteten Pläne fassten die vorgesehenen Schritte deutscher Siedlungspolitik auf der Grundlage der NS-Rassendoktrin, »Germanisierung« und Kolonisierung in Osteuropa, zusammen. Ziel war eine rassenpolitische Homogenisierung Europas. Der »Generalplan Ost« sah die Ausbeutung, Unterwerfung und großteilige Vernichtung der dort lebenden Bevölkerung vor. Er knüpfte so an den »Hungerplan« an. Hauptverantwortlich war der Agrarwissenschaftler und SS-Oberführer Konrad Meyer.

Der im »Generalplan Ost« enthaltene Generalsiedlungsplan vom September 1942 sah vor, dass über 10 Millionen Deutsche innerhalb von 20 Jahren nach Osteuropa umgesiedelt werden sollten. Aus dem beplanten Gebiet, das 330 000 Quadratkilometer und 360 100 landwirtschaftliche Betriebe umfasste, sollten rund 31 Millionen Menschen »entfernt« werden.

Umgesetzt wurden lediglich einige wenige der anvisierten Projekte. Im Zuge der »Aktion Zamość«, die eine forcierte Ansiedlung von 60 000 deutschen SiedlerInnen in Teilen des Bezirks Lublin im »Generalgouvernement« (heute Polen) vorsah, wurden etwa ab November 1942 110 000 PolInnen aus ihren Dörfern verschleppt. Bis die Arbeiten aufgrund starker Partisanenaktivitäten im August 1943 eingestellt wurden, kamen etwa 9000 deutsche SiedlerInnen.

Auch im zivilverwalteten Reichskommissariat Ukraine begannen die Planer mit der Umsetzung ihrer rassenpolitischen Vorstellungen. Südlich der zentralukrainischen Stadt Żytomyr wurden etwa 15 000 EinwohnerInnen zugunsten von »Volksdeutschen« deportiert und größtenteils später als ZwangsarbeiterInnen im Deutschen Reich und vor Ort eingesetzt. Im dadurch entstandenen Siedlungsgebiet »Hegewald« waren die verbliebenen EinwohnerInnen fortan bis zum Rückzug der Wehrmacht gezwungen, gemeinsam mit den etwa 10 000 SiedlerInnen und unter der Herrschaft der SS zu leben.

Konrad Meyer wurde 1948 zunächst von einem amerikanischen Militärgericht aufgrund seiner Mitgliedschaft im Rasse- und Siedlungshauptamt der SS für schuldig befunden, jedoch anschließend entlassen. Von 1956 bis 1968 lehrte er als ordentlicher Professor für Landesplanung und Raumordnung an der Universität Hannover.

»Grüne Mappe«

Im Zuge der Vorbereitungen des Überfalls auf die Sowjetunion arbeitete der Wirtschaftsführungsstab Ost im Auftrag Hermann Görings die »Richtlinien für die Führung der Wirtschaft (Grüne Mappe), Teil I, Aufgaben und Organisation der Wirtschaft« aus. Sie traten am 16. Juni 1941 in Kraft und wurden wie ein später erscheinender Teil II mehrmals aufgelegt bzw. fanden große Verbreitung.

Als oberstes Ziel der ökonomischen Planungen wurde die sofortige und höchstmögliche Ausbeutung der besetzten Gebiete zugunsten des Deutschen Reichs festgelegt. Vor allem Lebensmittel und Mineralöl sollten so »gewonnen« werden. Im Bereich der Ernährungswirtschaft war auch hier Herbert Backe tonangebend. Allerdings wurde in der »Grünen Mappe« festgelegt, dass die sowjetische Bevölkerung zur Zwangsarbeit herangezogen werden sollte und die Ausbeutungsmöglichkeiten im Bereich der Industrie stärker zu berücksichtigen seien. Es galt nun, auch die industriellen Kapazitäten der nördlicheren besetzten Gebiete einbeziehen, sofern bedeutende Ernährungs- und Mineralölreserven in Aussicht standen. Man hatte es unter anderem auf Getreide, Vieh, Öl- und Faserpflanzen aus diesen Gebieten abgesehen und beabsichtigte, die sowjetische Fischereiflotte des Weißen Meeres nach dem besetzten Norwegen zu überführen und für das Deutsche Reich einzusetzen. Die Pläne reichten bis in den Nordkaukasus: die seit Kriegsbeginn 1939 blockierten Überseeimporte von Erdöl sollten nach Möglichkeit durch Förderungen in der südlichen Gebieten der Sowjetunion einschließlich des Erdölreviers von Baku ersetzt werden.

Die Inhalte der »Grünen Mappe« sahen einen Raubbau im Interesse Deutschlands mit teils kolonialen Methoden vor. Hermann Göring wurde hierzu mittels eines Sonderbefehls Adolf Hitlers mit außerordentlichen, quasi diktatorischen Vollmachten versehen, mit denen er den zugehörigen Apparat leiten konnte. Auch den Quartiermeisterabteilungen der Wehrmacht-Kommandobehörden diente dieses »Handbuch« zur Orientierung.

Militärs, Wirtschaftler, Diplomaten und die politische Führung waren sich hinsichtlich der Wertigkeit der Bevölkerung in den besetzten Gebieten weitgehend einig und bereit, sich am Raub- Eroberungs- und Vernichtungskrieg mittels ihrer jeweiligen Expertise zu beteiligen. Dabei vermengten sie militärstrategisches und wirtschaftliches Kalkül mit der nationalsozialistischen Rassen- und Lebensraumideologie.

HistorikerInnen schätzen, dass nahezu 27 Millionen SowjetbürgerInnen im Zweiten Weltkrieg zu Tode kamen, darunter 11,4 Millionen SoldatInnen, von denen 8,4 Millionen durch die Kampfhandlungen und drei Millionen in deutscher Kriegsgefangenschaft starben. Den größten Anteil der sowjetischen Opfer bildeten etwa 15,2 Millionen getötete ZivilistInnen.

Weiterführende Literatur:

Götz Aly/Susanne Heim, **Vordenker der Vernichtung. Auschwitz um die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung**, Hamburg 1991.

Wigbert Benz: **Der Hungerplan im »Unternehmen Barbarossa«** 1941. Wissenschaftlicher Verlag Berlin (2011), 84 Seiten, 16,00 Euro.

Christoph Dieckmann/Babette Quinkert (Hrsg.), **Kriegführung und Hunger 1939–1945. Zum Verhältnis von militärischen, wirtschaftlichen und politischen Interessen**, Göttingen 2015.

Ingeborg Fleischhauer, **Das Dritte Reich und die Deutschen in der Sowjetunion**, Stuttgart 1983.

Isabel Heinemann, **»Rasse, Siedlung, deutsches Blut«. Das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS und die rassenpolitische Neuordnung Europas**, Göttingen 2003.

Czeslaw Madajczyk, **Vom Generalplan Ost zum Generalsiedlungsplan: Dokumente**, München 1994.

Rolf-Dieter Müller, **Die Wirtschaftspolitik in den besetzten sowjetischen Gebieten 1941 bis 1943. Der Abschlussbericht des Wirtschaftsstabes Ost und Aufzeichnungen eines Angehörigen des Wirtschaftskommandos Kiew**, Boppard a. Rh. 1991.

Tatjana Tönsmeier, **Raumordnung, Raumerschließung und Besatzungsalltag im Zweiten Weltkrieg. Plädoyer für eine erweiterte Besatzungsgeschichte**, in, Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 63 (2014) 1, S. 24–38.

Michael Wildt, **Generation des Unbedingten: das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes**, Hamburg 2002.

Der Vernichtungskrieg der Wehrmacht gegen die Sowjetunion. Der zweite deutsche Völkermord

Hannes Heer

Die deutsche Erinnerungskultur verläuft immer noch asymmetrisch: Sie ist auf den Holocaust zentriert und unterschlägt die Opfer des zweiten deutschen Völkermordes – den an den »slawischen Untermenschen«. Diese »Vergesslichkeit« ist nicht nur die Erbschaft eines seit einem Jahrhundert existierenden fanatischen Antikommunismus, sondern resultiert auch aus der Größenordnung der Mordtaten wie der Täterschaft. Diesem Genozid fielen 30 Millionen Menschen in der Sowjetunion zum Opfer – 13 Millionen davon waren Rotarmisten und 17 Millionen Zivilisten.⁹ Zu den weiteren Opfern gehörten 6 Millionen Polen, 2 Millionen Jugoslawen und 350 000 Tschechoslowaken.¹⁰ 5 Millionen Menschen in den genannten Ländern wurden ermordet, weil sie Juden waren.¹¹ Während der Großteil dieser Juden von einer halben Million Angehörigen von SS, Polizei und lokalen Kollaborateuren ermordet wurden, waren für den Tod der übrigen Opfer die an der sogenannten »Ostfront« eingesetzten 10 Millionen Soldaten der Wehrmacht verantwortlich.

»Rücksichtslose Germanisierung«

Hitler hatte seine Pläne bezüglich der Sowjetunion schon in aller Klarheit 1925/1927 in seiner Programmschrift *Mein Kampf* offengelegt: Deutschland werde nach dem verlorenen Weltkrieg und der dadurch entstandenen Not »entweder Weltmacht oder überhaupt nicht sein«. Diese Weltgeltung könne nur durch einen Politikwechsel erreicht werden – durch die Beendigung der Kolonial- und Handelspolitik der Vorkriegszeit und eines forcierten Übergangs »zur Bodenpolitik der Zukunft.« Dafür in Frage kämen in Europa nur noch »Rußland und die ihm untertanen Randstaaten.«

Die gegenwärtige Lage der russischen Zentralmacht deutete Hitler anhand von drei Entwicklungen und mithilfe eines verblüffenden rassistischen Erklärungsmodells: Mit der Machtübernahme des Bolschewismus sei dem russischen Volk die

⁹ Rolf-Dieter Müller, (Hg.) *Der Zusammenbruch des Deutschen Reiches 1945*, in: *Das Deutsche Reich und der 2. Weltkrieg*, Bd. 10, 2, München 2008, hinteres Vorsatzblatt; Christian Hartmann, *Der deutsche Krieg im Osten*, München 2008, S. 115f. Richard Overy, *Russlands Krieg 1941-1945*, Reinbek bei Hamburg 2004, S. 435 f.

¹⁰ Zu Polen, vgl. Müller, wie Fußnote 1; Marie-Janine Calic, *Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert*, München 2010, S. 169; Christine Brenner, »Zwischen Ost und West«. *Tschechische politische Diskurse 1945-1948*, München 2009, S. 34.

¹¹ Wolfgang Benz, *Dimension des Völkermordes. Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus*, München 1991, S. 329, 379, 494, 560.

im Zarentum existierende staatstragende, auf germanischen Resten beruhende Intelligenz verloren gegangen und habe sich aufgelöst in Millionen Menschen »einer minderwertigen Rasse«, des Slawentums. Da aber im russischen Bolschewismus der »Versuch des Judentums zu erblicken [sei], sich die Weltherrschaft anzueignen«, bestehe eine doppelte Hoffnung. Das Judentum sei nämlich »kein Element der Organisation, sondern [...] der Dekomposition«, deshalb sei Russland schon jetzt »reif zum Zusammenbruch. Und das Ende der Judenerrschaft in Rußland wird auch das Ende Rußlands als Staat sein.«¹²

Dieses Szenario Hitlers von der Sowjetunion als einer Millionenmasse von minderwertigen »slawischen« Heloten und einer kleinen, unter dem Namen des »jüdischen Bolschewismus« agierenden Führung würde auch die Grundlage für Hitlers Befehle 1941 sein.

Am 3. Februar 1933, vier Tage nach Hitlers Ernennung zum Reichskanzler, empfing dieser vor allen Trägern staatlicher Macht die Befehlshaber des Heeres und der Marine und nannte zwei Ziele: Kurzfristig gehe es um die Aufhebung aller militärischen Beschränkungen des Versailles Vertrages, darunter vor allem die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht. Langfristiges Ziel seiner Politik aber sei »die Eroberung neuen Lebensraums im Osten und dessen rücksichtslose Germanisierung.«¹³

Am 5. November 1937 teilte er den Befehlshabern der Wehrmacht mit, es sei soweit: Er habe entschieden, ab sofort die Gewinnung von Lebensraum mit kriegereischen Mitteln zu lösen. Erste Ziele auf diesem Weg seien Österreich und die Tschechoslowakei.¹⁴ Mit staatlicher Erpressung und öffentlicher Mobilisierung gelang im März 1938 »der Anschluss« Österreichs, im Oktober mit Duldung Frankreichs und Englands erfolgte die Annexion des »Sudetenlandes«, und im März 1939 okkupierte die Wehrmacht den Rest der Tschechoslowakei. Im August/September entschied sich das Schicksal Polens – durch Krieg. Hitler hatte am 22. August vor dem Angriff Klartext gesprochen: »Herz verschließen gegen Mitleid. Brutales Vorgehen. [...] Restlose Zertrümmerung Polens ist das militärische Ziel.«¹⁵ – »Nicht Land [...] besetzen, sondern die Kräfte [...] vernichten.«¹⁶ – »Mit der physischen Vernichtung [der Bevölkerung gewinnt Deutschland] den Lebensraum, den wir brauchen.«¹⁷ Nach einem Monat hatte die polnische Armee kapituliert.

¹² Adolf Hitler, Mein Kampf, München 1925/27, zit. nach 613.- 617. Aufl., München 1941, S. 742, 751, 743.

¹³ Manfred Messerschmidt, Die Wehrmacht im NS-Staat. Zeit der Indoktrination, Hamburg 1969, S. 11.

¹⁴ Manfred Messerschmidt, Außenpolitik und Kriegsvorbereitung, in: ders., Hans-Erich Volkmann, Wolfram Wette, Ursachen und Voraussetzungen des Zweiten Weltkrieges, Frankfurt/Main 1989, S. 752 ff.

¹⁵ Aufzeichnung Admiral Canaris, zit. bei Messerschmidt, Außenpolitik und Kriegsvorbereitung; S. 842.

¹⁶ Helmut Groscurth, Tagebücher eines Abwehroffiziers 1938-1940, hrsg. Helmut Krausnick und Harald C. Deutsch, Stuttgart 1970, Eintrag 24. 8. 1939, S. 180.

¹⁷ Martin Broszat, Nationalsozialistische Polenpolitik, Stuttgart 1961, S. 11.

Die Befehle für den Völkermord

Der Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 war dann Hitlers immer geplanter, sein eigentlicher Krieg. Die Rede, die er am 30. März 1941 in der Reichskanzlei an die 100 Befehlshaber und Stabschefs des künftigen Ostheeres richtete, verrät das. Sie war ein verdeckter Aufruf zum Massenmord: »Kampf zweier Weltanschauungen gegeneinander. Vernichtendes Urteil über Bolschewismus, ist gleich asoziales Verbrechen. Kommunismus ungeheure Gefahr für die Zukunft. Wir müssen von dem Standpunkt des soldatischen Kameradentums abrücken. Der Kommunist ist vorher kein Kamerad und nachher [als Gefangener] kein Kamerad. Es handelt sich um einen Vernichtungskampf. [...] Vernichtung der bolschewistischen Kommissare und der kommunistischen Intelligenz. [...] Der Kampf muß geführt werden gegen das Gift der Zersetzung. Das ist keine Frage der Kriegsgerichte. [...] Der Kampf wird sich sehr unterscheiden vom Kampf im Westen. Im Osten ist Härte mild für die Zukunft. Die Führer müssen von sich das Opfer verlangen, ihre Bedenken zu überwinden.«¹⁸

Auf dieser Grundlage verfertigten die Oberkommandos von Wehrmacht und Heer in den folgenden Wochen sechs Grundsatzbefehle, die sicherstellten, dass der Kampf um »Lebensraum« im Osten zum »Vernichtungskrieg« wurde.

1. Der erste Befehl erfolgte in Absprache mit Heydrichs Reichssicherheitshauptamt und regelte die Erfassung und Ermordung aller sowjetischen Juden durch vier Einsatzgruppen von SS und SD in den rückwärtigen Gebieten des Heeres. Die Kommandos würden »in eigener Verantwortlichkeit« handeln, waren aber der Wehrmacht »hinsichtlich Marsch, Versorgung und Unterbringung unterstellt« und hatten diese über alle ihre Aktionen »rechtzeitig« zu informieren. Diese Arbeitsteilung zwischen Heer und SS beim Judenmord sollte, weil sie beiden Partnern nützte, bis zum Ende des Krieges perfekt funktionieren.
2. Die für Delikte der Zivilbevölkerung im besetzten Europa zuständigen Kriegsgerichte wurden in der Sowjetunion nicht installiert. Stattdessen mussten erappte »Freischärler« wie alle »tatverdächtigen Elemente« von der Truppe an Ort und Stelle »erledigt« werden. Falls sie nicht gefasst wurden, erfolgten »kollektive Gewaltmaßnahmen« gegen die benachbarten Dörfer und deren Einwohner. Damit wurde von Beginn an eine zweite Front eröffnet und legitimiert – der Krieg gegen die Zivilbevölkerung.
3. In den »Richtlinien für das Verhalten der Truppe in Russland« wurde jedem Soldat eine Abschuss-Liste der Todfeinde außerhalb des Gefechtsfeldes ausgehändigt- »bolschewistische Hetzer, Freischärler, Saboteure, Juden.« Damit waren die Juden zu Kombattanten erklärt.

¹⁸ Aufzeichnungen von Generaloberst Franz Halder, in: Gerd R. Ueberschär, Wolfram Wette (Hg.), Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion. »Unternehmen Barbarossa« 1941, Frankfurt/Main 1991, S. 248 f.

4. Alle an der Front gefangenen Kommissare der Roten Armee seien als »Urheber barbarisch asiatischer Kampfmethoden« grundsätzlich »sofort mit der Waffe zu erledigen«. Damit war der Gefangenenmord nach der Gefangennahme eingeführt.

5. Die sowjetischen Kriegsgefangenen standen von Beginn an unter Sonderrecht: Alle ihnen nach dem Völkerrecht zustehenden Rechte wie normale Verpflegung, medizinische Betreuung, feste Unterkünfte usw. wurde mit der Begründung abgelehnt, dass jeder sowjetische Soldat ein »politisch geschulter Gegner« sei, der den Kampf gegen den Nationalsozialismus »mit jedem ihm zu Gebot stehenden Mittel: Sabotage, Zersetzungspropaganda, Brandstiftung, Mord« führe. Daher habe dieser »jeden Anspruch als ehrenhafter Soldat und nach dem Genfer Abkommen verloren«. Ab jetzt waren die gefangenen Rotarmisten nur noch Abfall.

6. Als Achse all dieser Befehle und Pläne fungierte die Anweisung, die vom obersten Rechtsexperten des Heeres im Mai/Juni 1941 bei allen Lehrgängen für Generalstabsoffiziere ausgegeben wurde – dass im kommenden Einsatz »Rechtsempfinden unter Umständen hinter Kriegsnotwendigkeit zu treten habe. Erforderlich ist daher: Rückkehr zum alten Kriegsbrauch [...] Einer von beiden Feinden muß auf der Strecke bleiben.«¹⁹

Hungerpolitik, Kriegsgefangene und Judenmord

Die gigantischen Mordpläne der politischen Führung, nur fruchtbare Gebiete wie die Ukraine oder den Kaukasus als Wirtschaftsregionen zu erhalten und mit deren Produkten die Verpflegung der gesamten Wehrmacht zu garantieren, während man die unfruchtbaren Gebiete der nordrussischen Waldzone bis nach Moskau und Leningrad aufgeben und deren 20 bis 30 Millionen Bewohner verhungern lassen wollte, konnte nicht realisiert werden.²⁰ Der Vormarsch der Wehrmacht, die sich im Sommer 1941 nach drei Wochen schon als Sieger gewähnt hatte, war schon Mitte Juli abrupt gestoppt worden – Kiew wurde Ende erst im September erobert, und die Eroberung Moskaus scheiterte Anfang Dezember unter dramatischen Verlusten.

Statt, wie geplant, den Hunger als »Massenmordstrategie« einzusetzen, wählte man ein anderes, ebenso inhumanes Vorgehen – die »Selektion nach Arbeitsfähigkeit.«²¹ Für die ab September/Oktober 1941 als »nutzlose Esser« in Ghettos zernierten Juden bedeutete das bis Sommer 1943 die sukzessive Ermordung. »Nichtarbeitende Kriegsgefangene haben zu verhungern«, lautete am 13. November 1941 die apodiktische Anordnung des für Nachschub und Verpfle-

¹⁹ Ebd., (1) S. 249 f.; (2) S.252 f.; (3) S. 258; (4) S. 259 f.; (5) S. 261 f., 295 f., 297 ff.; (6) S. 283.

²⁰ Ebd., S. 323.

²¹ Christian Streit, »Und dann wollen wir uns ja im Osten gesundstoßen«. Die Politik des Hungers, in: Hannes Heer, Christian Streit, Vernichtungskrieg im Osten. Judenmord, Kriegsgefangene und Hungerpolitik, Hamburg 2020, S. 149-170, hier: S. 158.



Leningrad. Artilleriebeschuss am Newski Prospekt; Quelle: picture-alliance

gung zuständigen Generalquartiermeisters des Heeres. Das bot nur für eine absolute Minderheit von »Arbeitsfähigen« in den Gefangenenlagern die Chance zum Überleben.²²

Während die Landbevölkerung noch Kleinvieh und natürliche Ressourcen besaß, war die Situation in den Städten und Großstädten katastrophal. Im eingeschlossenen Leningrad, das dreieinhalb Millionen Einwohner zählte, verhungerten während der dreijährigen Blockade mindestens 1 Million Menschen. In Charkow, der mit 450 000 Einwohnern viertgrößten Stadt der UdSSR, erhielten nur 24 000 Personen eine Lebensmittel-Zuteilung, ca. 30 000 verhungerten während der einjährigen deutschen Besetzung. Die 15 000 Juden waren schon zu Beginn ermordet worden.²³

Bei den ab 1943 einsetzenden Rückzügen der Wehrmacht sollte sich die Lage der Bevölkerung noch einmal verschlimmern, weil die Besatzer alle Lebensmittelvor-

²² Ueberschär, Wette, Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion, S. 308.

²³ Streit, Die Politik des Hungers, in: Vernichtungskrieg im Osten, S. 161.

räte und das Vieh mitnahmen. So verhungerten im Raum Rshev im März 1943 mindestens 15 000 Einwohner. Genau ein Jahr später wurden 45 000 Menschen aus dem Raum Bobruisk zwischen der deutschen und der sowjetischen Front in einem Sumpfgebiet hinter Stacheldraht ausgesetzt. Die drei Tage später eintreffenden sowjetischen Truppen fanden 9 000 Tote vor.²⁴

Nichts belegt besser den genozidalen Charakter der Ermordung von Millionen sowjetischer Kriegsgefangener als der Vergleich mit dem Schicksal der anglo-amerikanischen Gefangenen im 2. Weltkrieg: Von den 5,7 Millionen sowjetischen Gefangenen verloren 3,3 Millionen, also mehr als 50%, ihr Leben. Von den 232 000 anglo-amerikanischen Soldaten in deutschen Kriegsgefangenenlagern starben 8 348, das waren nur 3,5%.²⁵ Die Zahl von 3,3 Millionen gefangenen Rotarmisten war nicht das Ergebnis von drei Jahren Krieg, sondern die Summe der im Sommer und Herbst 1941 in den großen Kesselschlachten beim deutschen Vormarsch auf Moskau, Leningrad und Kiew gemachten menschlichen Beute. Diese Gefangenenmassen wurden in Hungermärschen ins Hinterland geführt, wobei ein Drittel schon unterwegs aus Entkräftung oder durch Schüsse der Begleitkommandos verstarb. Weitere Hunderttausende kamen in den Lagern, in denen es bei Dauerfrost keinerlei Unterkünfte gab, ums Leben. Bei Transporten mit der Bahn im Herbst/Winter 1941, bei denen nur offene Wagen eingesetzt wurden, verstarben drei Viertel der Gefangenen. Bis Anfang 1942 waren schon mehr als 2 Millionen tot.²⁶ Daher wurden nur relativ wenige Gefangene als Zwangsarbeiter in Deutschland eingesetzt. Im Sommer 1944 waren es 631 000, die im Bergbau, in der Metallindustrie oder in der Landwirtschaft arbeiteten.²⁷

Die deutsche Wehrmacht an der Ostfront wurde nicht nur Zeuge der Judenerschließungen durch die Einsatzgruppen von SS und SD. Ihre Einheiten – Infanterie wie Panzer – praktizierten beim Einmarsch ein bestimmtes Ritual: Die Juden mussten sich auf dem zentralen Platz versammeln und eine Rede anhören, in der ihnen mitgeteilt wurde, dass ihr Schicksal besiegelt sei. Dann wurden 10 oder 20 prominente Juden herausgesucht, etwas abseits geführt und erschossen. Zwei Monate nach dieser Initiation, als es die von Nazifunktionären gebildete Zivilverwaltung gab, beteiligten sich die vor Ort stationierten Wehrmachtseinheiten auch am Zusammentreiben der Juden in die neugebildeten Ghettos. Sie waren auch zur Stelle, als der »Holocaust auf freiem Feld« einsetzte – die »Leerung« der Ghettos von jüdischen Männern, Frauen und Kindern an ausgehobenen Massengräbern. Die Täter, die sie erschossen, waren Einheiten von SS, Polizei und Wehrmacht.²⁸

²⁴ Ebd., S. 167.

²⁵ Ebd., S. 171.

²⁶ Ebd., S. 177, 168. 183 f.

²⁷ Ebd., S. 184.

²⁸ Hannes Heer, Wehrmacht und Holocaust. Die Anfangsverbrechen, in: ders., Streit, Vernichtungskrieg im Osten, S.67-140, hier: S.88-140.

Erlaß über die Ausübung der Kriegsgerichtsbarkeit im Gebiet »Barbarossa« und über besondere Maßnahmen der Truppe [Kriegsgerichtsbarkeitserlaß], 13. Mai 1941

Der Führer und Oberste Befehlshaber der Wehrmacht.

Führerhauptquartier, d. 13. Mai 1941.

Erlaß

über die Ausübung der Kriegsgerichtsbarkeit im Gebiet »Barbarossa«

und über besondere Massnahmen der Truppe.

Die Wehrmachtgerichtsbarkeit dient in erster Linie der Erhaltung der Mannszucht.

Die weite Ausdehnung der Operationsräume im Osten, die Form der dadurch gebotenen Kampfesführung und die Besonderheit des Gegners stellen die Wehrmachtgerichte vor Aufgaben, die sie während des Verlaufs der Kampfhandlungen und bis zur ersten Befriedung des eroberten Gebietes bei ihrem geringen Personalbestand nur zu lösen vermögen, wenn sich die Gerichtsbarkeit zunächst auf ihre Hauptaufgabe beschränkt.

Das ist nur möglich, wenn die Truppe selbst sich gegen jede Bedrohung durch die feindliche Zivilbevölkerung schonungslos zur Wehr setzt.

Demgemäss wird für den Raum »Barbarossa« (Operationsgebiet, rückwärtiges Heeresgebiet und Gebiet der politischen Verwaltung) folgendes bestimmt:

I.

Behandlung von Straftaten feindlicher Zivilpersonen.

1. Straftaten feindlicher Zivilpersonen sind der Zuständigkeit der Kriegsgerichte und der Standgerichte bis auf weiteres entzogen.
2. Freischärler sind durch die Truppe im Kampf oder auf der Flucht schonungslos zu erledigen.
3. Auch alle anderen Angriffe feindlicher Zivilpersonen gegen die Wehrmacht, ihre Angehörigen und das Gefolge sind von der Truppe auf der Stelle mit den äussersten Mitteln bis zur Vernichtung des Angreifers niederzukämpfen.

4. Wo Massnahmen dieser Art versäumt wurden oder zunächst nicht möglich waren, werden tatverdächtige Elemente sogleich einem Offizier vorgeführt. Dieser entscheidet, ob sie zu erschiessen sind.

Gegen Ortschaften, aus denen die Wehrmacht hinterlistig oder heimtückisch angegriffen wurde, werden unverzüglich auf Anordnung eines Offiziers in der Dienststellung mindestens eines Bataillons-usw.-Kommandeurs kollektive Gewaltmassnahmen durchgeführt, wenn die Umstände eine rasche Feststellung einzelner Täter nicht gestatten.

5. Es wird ausdrücklich verboten, verdächtige Täter zu verwahren, um sie bei Wiedereinführung der Gerichtsbarkeit über Landeseinwohner an die Gerichte abzugeben.

6. Die Oberbefehlshaber der Heeresgruppen können im Einvernehmen mit den zuständigen Befehlshabern der Luftwaffe und der Kriegsmarine die Wehrmachtgerichtsbarkeit über Zivilpersonen dort wieder einführen, wo das Gebiet ausreichend befriedet ist.

Für das Gebiet der politischen Verwaltung ergeht diese Anordnung durch den Chef des Oberkommandos der Wehrmacht.

II.

Behandlung der Straftaten von Angehörigen der Wehrmacht und des Gefolges gegen Landeseinwohner.

1. Für Handlungen, die Angehörige der Wehrmacht und des Gefolges gegen feindliche Zivilpersonen begehen, besteht kein Verfolgungszwang, auch dann nicht, wenn die Tat zugleich ein militärisches Verbrechen oder Vergehen ist.

2. Bei der Beurteilung solcher Taten ist in jeder Verfahrenslage zu berücksichtigen, dass der Zusammenbruch im Jahre 1918, die spätere Leidenszeit des deutschen Volkes und der Kampf gegen den Nationalsozialismus mit den zahllosen Blutopfern der Bewegung entscheidend auf bolschewistischen Einfluss zurückzuführen war und dass kein Deutscher dies vergessen hat.

3. Der Gerichtsherr prüft daher, ob in solchen Fällen eine disziplinare Ahndung angezeigt oder ob ein gerichtliches Einschreiten notwendig ist. Der Gerichtsherr ordnet die Verfolgung von Taten gegen Landeseinwohner im kriegsgerichtlichen Verfahren nur dann an, wenn es die Aufrechterhaltung der Mannszucht oder die Sicherung der Truppe erfordert. Das gilt z.B. für schwere Taten, die auf geschlechtlicher Hemmungslosigkeit beruhen, einer verbrecherischen Veranlagung entspringen oder ein Anzeichen dafür sind, dass die Truppe zu verwildern droht.

Nicht milder sind in der Regel zu beurteilen Straftaten, durch die sinnlos Unterkünfte sowie Vorräte oder anderes Beutegut zum Nachteil der eigenen Truppe vernichtet wurden.

Die Anordnung des Ermittlungsverfahrens bedarf in jedem einzelnen Fall der Unterschrift des Gerichtsherrn.

4. Bei der Beurteilung der Glaubwürdigkeit von Aussagen feindlicher Zivilpersonen ist äusserste Vorsicht geboten.

III.

Verantwortung der Truppenbefehlshaber.

Die Truppenbefehlshaber sind im Rahmen ihrer Zuständigkeit persönlich dafür verantwortlich,

1. dass sämtliche Offiziere der ihnen unterstellten Einheiten über die Grundsätze zu I rechtzeitig in der eindringlichsten Form belehrt werden,

2. dass ihre Rechtsberater von diesen Weisungen und von den mündlichen Mitteilungen, in denen den Oberbefehlshabern die politischen Absichten der Führung erläutert worden sind, rechtzeitig Kenntnis erhalten,

3. dass nur solche Urteile bestätigt werden, die den politischen Absichten der Führung entsprechen.

IV.

Geheimschutz.

Mit der Enttarnung geniesst dieser Erlass nur noch Geheimschutz als Geheime Kommandosache.

Im Auftrage

Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht

gez. Keitel

F.d.R.

N.N.

Major d.G.

Quelle: Bundesarchiv Militärarchiv, RW 4/v. 577, Bl. 72-74 (https://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0093_kgs&object=translation&st=&l=de)

Der 22. Juni im heutigen gesellschaftlichen Diskurs Russlands und anderer Nachfolgestaaten der Sowjetunion

Nikita Wladimirowitsch Piskunow, Wolgograd

Der 22. Juni 1941 ist einer der verhängnisvollsten Tage in der Geschichte nicht nur Russlands, sondern auch der postsowjetischen Staaten und der ganzen Menschheit. Der Überfall des faschistischen Deutschlands auf die UdSSR löste weltweit Reaktionen aus. Nach den Ereignissen des 22. Juni 1941 wurde die UdSSR von der internationalen Gemeinschaft nicht mehr als Hort des kommunistischen Systems, sondern als Bekämpferin des Nazismus wahrgenommen.

Der 22. Juni 1941 wurde zum Anfangspunkt des Großen Vaterländischen Krieges, der ungeheure Opfer unter der Zivilbevölkerung der Sowjetunion forderte. Den verschiedenen Experten – Historikern, Mathematikern, Demographen – gelingt es bis heute nicht, die genaue Zahl der Opfer zu ermitteln: Die Daten variieren. Man geht davon aus, dass im Laufe der 1418 Tage und Nächte des Krieges etwa 27 Millionen Sowjetbürger umgekommen sind ²⁹.

Heute gilt sowohl in Russland als auch in den postsowjetischen Republiken der Erhalt der historischen Erinnerung an die Ereignisse des 22. Juni 1941 als wichtiger Aspekt der Innenpolitik in dem Sinne, eine Wiederholung solcher Ereignisse in der gegenwärtigen internationalen Situation zu verhindern. In diesem Zusammenhang ist die Frage der historischen Erinnerung insbesondere hinsichtlich der Existenz von Massenvernichtungswaffen aktuell: Für die junge Generation von heute ist es wichtig, die Erinnerung an die tragischen Ereignisse des Jahres 1941 mit allen Mitteln zu erhalten und an die kommenden Generationen weiterzugeben.

Durch einen Erlass des Präsidenten der Russischen Föderation Boris Jelzin vom 8. Juni 1996 wurde der 22. Juni 1941 zum Tag der Erinnerung und Trauer erklärt.³⁰ Im gesamten Land und auch in den Ländern, die als Teil der vereinigten UdSSR am Großen Vaterländischen Krieg teilnahmen, wehen an diesem Tag die Landesflaggen auf Halbmast, und es finden keine Vergnügungsveranstaltungen statt. Vertreter verschiedener Generationen begeben sich zu den Mahnmalen, um dort Blumen niederzulegen und so aller Toten zu gedenken. Seit dem Jahr 2009 findet in Russland an diesem Tag auch die landesweite Aktion »Kerze des Gedenkens«

²⁹ Putin: Europas Befreiung vom Nationalsozialismus kostete die UdSSR 27 Millionen Menschenleben [Website]. - URL: <https://regnum.ru/news/2838108.html> (Datum des Zugriffs: 14.04.2021).

³⁰ Dekret des Präsidenten vom 8. Juni 1996 - 857 "Zum Tag des Gedenkens und der Trauer" [Website]. - URL: <https://yeltsin.ru/archive/act/37113/> (Bezugsdatum: 15.04.2021).

statt: Überall werden nachts Kerzen zum Gedenken an die gefallenen Verteidiger des Vaterlandes angezündet.

Die Bildungseinrichtungen schließen sich den Trauerzeremonien zum Gedenken an den 22. Juni an. In den Ferienlagern für Schulkinder und in den Hochschulen werden Veranstaltungen abgehalten, um die Erinnerung an die tragischen Ereignisse des Sommers 1941 wachzuhalten. Die russische Regierung widmet sich derzeit mit großer Aufmerksamkeit dem Erhalt der historischen Erinnerung und der Kontinuität zwischen den Generationen.

Ebenso hervorzuheben sind die in der Russischen Föderation stattfindenden Arbeiten zur Instandsetzung von Gedenkstätten und Mahnmalen, die den Ereignissen des Großen Vaterländischen Krieges gewidmet sind. Im Mai 2020 wurde die Restaurierung der Mutter-Heimat-Statue abgeschlossen. Für die Jahre 2022 – 2023 plant das Kulturministerium der Russischen Föderation die Restaurierung von neun Denkmälern des Kulturerbes auf dem Mamajew-Hügel, darunter die Statuen »Trauernde Mutter« und »Bis zum Tode stehen!«, das Hochrelief »Gedächtnis der Generationen« und eine Gruppe von sechs weiteren Skulpturen. Ebenso ist vorgesehen, die Ruinen der Gerhardt-Mühle baulich zu sichern; sie gehören zu dem Ensemble des Museumspanoramas »Schlacht von Stalingrad«.³¹

Einen wichtigen Platz unter den Gedenkveranstaltungen hat die Aktion »Unsterbliches Regiment«.³² Es handelt sich dabei um eine internationale gesellschaftlich-patriotische Bewegung zum Erhalt der individuellen Erinnerung an die Generation der Bürger, die am Großen Vaterländischen Krieg teilnahmen. Die Aktion begann im Jahr 2014 und hat Millionen von Menschen auf der ganzen Welt vereint, womit auch die historische Erinnerung vieler Generationen erhalten wurde. Im Jahr 2020 fand die Aktion »Unsterbliches Regiment« wegen der COVID-19-Pandemie online statt und jeder konnte ein Bild von einem Verwandten, der am Krieg teilgenommen hatte, hochladen. Die »Online-Demonstration« versammelte erheblich mehr Menschen als die Veranstaltungen im herkömmlichen Format der vergangenen Jahre.

Mit dem zweiundzwanzigsten Juni sind auch andere traurige Ereignisse verbunden, darunter die Verteidigung der Brester Festung, die an diesem tragischen Tag begann. Jedes Jahr am Morgen des 22. Juni bringen die Menschen Blumen zum Cholmer Tor der Brester Festung, das die faschistischen Eindringlinge zuerst angriffen. An diesem Tag finden auch die Panzerfahrt »Straße der Tapferkeit« und

³¹ das Ministerium für Kultur wird weitere neun Objekte von Mamaev Kurgan restaurieren [Website]. - URL: <https://tass.ru/v-strane/11014555> (Zugriffsdatum: 16.04.2021).

³² »Das unsterbliche Regiment« vereinte am Tag des Sieges Millionen von Nachkommen der Frontsoldaten aus der ganzen Welt [Website]. - URL: <https://tass.ru/obschestvo/3268523> (Datum des Zugriffs: 25.04.2021).



*Aktion »Unsterbliches Regiment«, Teilnehmer*innen aus Kirgistan; Fotograf: Nikita Piskunov*

die internationale Motorradfahrt »Sieg ohne Grenzen« statt.³³ Auch in den post-sowjetischen Staaten ist der 22. Juni ein Tag der Trauer. In der Republik Belarus beispielsweise ist dieser Tag als »Tag des Volksgedenkens an die Opfer des Großen Vaterländischen Krieges« bekannt. Weißrussland befand sich von 1941 bis 1944 unter Besatzung. Einige der bittersten Kapitel der Geschichte wurden durch die Taten der Nazis im besetzten Weißrussland geschrieben, so auch die Ereignisse in Chatyn. An diesem Tag findet auf dem Gelände des Gedenkkomplexes »Chatyn« ebenfalls eine Trauerzeremonie statt.

Generationen von Bewohnern zentralasiatischer Staaten bemühen sich, die historische Erinnerung an das Ereignis zu erhalten. Es findet eine Reihe von Veranstaltungen auf staatlicher Ebene statt, während derer keine anderen Feiern in den Ländern stattfinden. Etwa 1,2 Millionen Soldaten und Offiziere der kasachischen SSR haben unmittelbar an den Kämpfen teilgenommen. In den blutigen Schlachten sind fast 600 000 Kasachen gefallen. Das heißt, fast jeder zweite, der an die Front

³³ An der Requiem-Kundgebung in der Brest'er Festung [Website] nahmen etwa 10 Tausend Menschen teil. - URL: <https://www.belta.by/society/view/miting-rekviem-v-pamjat-o-77-j-godovschine-nachala-vojny-prohodit-v-brestskoj-kreposti-307849-2018/> (Zugriffsdatum: 25.04.2021).

geschickt worden war, ist nicht nach Hause zurückgekehrt. In die Reihen der sowjetischen Armee wurden gesamt etwa 1,5 Millionen Usbeken eingezogen, 1941 – 1945 sind an der Front etwa 420 000 Einwohner der usbekischen SSR ums Leben gekommen. Die berühmte Panfilov-Division, die in Usbekistan gebildet wurde, verteidigte Moskau. 365 000 Einwohner der kirgisischen Sozialistischen Sowjetrepublik sind an die Front gegangen, rund 115 000 von ihnen sind gefallen.³⁴

Besondere Aufmerksamkeit unter den postsowjetischen Staaten verdient im Kontext der historischen Erinnerung an den 22. Juni die heutige Ukraine, wo die Ereignisse der letzten Jahre einen Wandel in der Wahrnehmung der im postsowjetischen Raum allgemein anerkannten Ereignisse des Großen Vaterländischen Krieges markiert haben. Diese Veränderung zeigt sich nicht nur in den gehäuften Umbenennungen von Ortschaften, Städten und Regionen im Rahmen der von der Kiewer Regierung durchgezogenen »Entkommunistifizierung«, sondern auch in dem Versuch, die Geschichte umzuschreiben zugunsten eines rein nationalistischen Narrativs, das Leute wie Stepan Bandera feiert und selbst für die Angehörigen der westukrainischen SS-Divisionen einen Heldenplatz findet, während die Soldanten der sowjetischen Armee und die Partisanen herabgesetzt werden.

Die im Jahr 2020 ausgebrochene Corona-Pandemie hat den Ablauf vieler Trauerveranstaltungen anlässlich des 22. Juni verändert. Im Wesentlichen fanden sie alle im Rahmen des »Unsterblichen Regiments« statt. Viele Kriegsveteranen bekamen ehrenamtliche Hilfe: Freiwillige brachten ihnen Lebensmittel, Trinkwasser und Artikel des täglichen Bedarfs, da viele Bürger wegen der Quarantäne ihre Häuser und Wohnungen nicht verlassen konnten.

Die derzeitigen Spannungen in der Ukraine, die bewaffneten Konflikte im Südosten des Landes, die Konfrontation in Bergkarabach, die antirussischen wirtschaftlichen Sanktionen, die Widersprüche zwischen den verschiedenen geopolitischen Akteuren und Blöcken sowie die Verschlechterung der bilateralen zwischenstaatlichen Beziehungen sind der Stabilität der heutigen Welt und deren graduellen, fortschreitenden Entwicklung nicht förderlich. Jede kriegerische Provokation kann zum Anlass für Kriegshandlungen im großen Stil werden. Das Echo des 22. Juni 1941 dringt heute immer stärker aus der Geschichte bis zu uns. Es ist unerlässlich, immer des Tages zu gedenken, der Millionen Todesopfer nach sich zog. Alle heute lebenden Generationen müssen sich diese furchtbare Lehre der Geschichte aneignen, um deren Wiederholung zu vermeiden. Der englische Schriftsteller Aldous Huxley sagte einmal: »Dass Menschen nicht viel von den Lektionen der Geschichte lernen, ist die wichtigste Lektion, die Geschichte uns zu erteilen hat«.

³⁴ Über die Umbenennung bestimmter Siedlungen und Bezirke [Website]. - URL: <https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/1377-19#Text> (Datum des Zugriffs: 16.04.2021).

Antrag

der Abgeordneten Dr. Gesine Lötzsch, Doris Achelwilm, Gökay Akbulut, Simone Barrientos, Lorenz Gösta Beutin, Matthias W. Birkwald, Heidrun Bluhm-Förster, Dr. Birke Bull-Bischoff, Jörg Cezanne, Sevim Dağdelen, Anke Domscheit-Berg, Brigitte Freihold, Nicole Gohlke, Dr. André Hahn, Ulla Jelpke, Kerstin Kassner, Jan Korte, Caren Lay, Sabine Leidig, Ralph Lenkert, Michael Leutert, Pascal Meiser, Cornelia Möhring, Niema Movassat, Norbert Müller (Potsdam), Petra Pau, Sören Pellmann, Victor Perli, Ingrid Remmers, Dr. Petra Sitte, Friedrich Straetmanns, Dr. Kirsten Tackmann, Andreas Wagner, Katrin Werner, Hubertus Zdebel, Sabine Zimmermann (Zwickau) und der Fraktion DIE LINKE.

Tag der Befreiung als gesetzlicher Gedenktag

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, einen Gesetzentwurf vorzulegen, um – dem Beispiel Brandenburgs, Mecklenburg-Vorpommerns und Thüringens folgend – dem 8. Mai als Tag der Befreiung den Status eines gesetzlichen Gedenktages zu verleihen.

Berlin, den 9. Februar 2021

Amira Mohamed Ali, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

Begründung

Der 8. Mai 1945 war für Millionen Menschen ein Tag der Hoffnung und Zuversicht. „Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft“, erklärte Altbundespräsident Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985 anlässlich des 40. Jahrestages der Beendigung des Zweiten Weltkrieges.

Trotz dieser klaren Aussage des Bundespräsidenten ist die Bewertung des 8. Mai bis heute umstritten, wird seine Bedeutung als Tag der Befreiung nicht allgemein anerkannt. Auch diese Unterschiedlichkeit der Bewertung bietet die Chance, einen lebendigen Gedenktag zu etablieren, der sich nicht in Symbolen und Ritualen erschöpft, sondern zu streitbaren öffentlichen Diskussionen Anlass gibt.

Insbesondere vor dem Hintergrund, dass in absehbarer Zeit keine Zeitzeugen der NS-Vergangenheit mehr berichten können, ist die Etablierung eines die gesellschaftspolitische Diskussion anregenden Gedenktages von besonderer Bedeutung.

Ein Datum von so herausragender historischer Bedeutung sollte angemessen gewürdigt werden. Neben Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen, die den 8. Mai bereits als Gedenktag anerkennen, hat auch Berlin im Jahr 2020 anlässlich des 75. Jahrestages der Befreiung den 8. Mai einmalig als Feiertag begangen. Dies sollte auch die Bundesregierung zum Anlass nehmen, den Tag der Befreiung angemessen zu würdigen und zu einem bundesweiten Gedenktag zu erklären.

Antrag

der Fraktion DIE LINKE.

80 Jahre deutscher Überfall auf die Sowjetunion – Für eine Politik der Entspannung gegenüber Russland und eine neue Ära der Abrüstung

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

In den frühen Morgenstunden des 22. Juni 1941 startete Nazi-Deutschland mit dem „Unternehmen Barbarossa“ den völkerrechtswidrigen Überfall auf die Sowjetunion. In einem „Blitzkrieg“ sollte die deutsche Wehrmacht das sowjetische Territorium bis zum Ural erobern und auf Dauer besetzen. Der Feldzug wurde vom ersten Tag an auch mit den Mitteln barbarischen Terrors gegen die Zivilbevölkerung geführt. Eines der größten Kriegsverbrechen der deutschen Wehrmacht während des Krieges gegen die Bevölkerung der Sowjetunion war die Blockade der Metropole Leningrad vom 8. September 1941 bis zum 27. Januar 1944. In den Jahren der Hungerblockade starben dort Schätzungen zufolge über 1 Million Menschen.

Die deutsche Kriegsplanung sah auch aus „rassenideologischen“ Gründen im Jahr 1941 für die Sowjetunion ausdrücklich vor, dass die Bevölkerung um 30 bis 50 Millionen Menschen „reduziert“ werden sollte. Mit dem Überfall auf die Sowjetunion gingen die Nazis zur systematischen Ermordung der Jüdinnen und Juden in Europa über. Insgesamt wurden infolge von Krieg und deutscher Besatzung 27 Millionen Bürgerinnen und Bürger aller Nationalitäten der Sowjetunion getötet, darunter zwischen 1,5 bis 2 Millionen Jüdinnen und Juden in den westlichen Gebieten der Sowjetunion. Von den mehr als 5 Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen kamen ca. 3,3 Millionen ums Leben. Der Deutsche Bundestag verneigt sich in Demut vor den Opfern und ihren Angehörigen.

Die Wehrmacht hinterließ verbrannte Erde: 30 Prozent des von deutschen Soldaten okkupierten Territoriums in der Sowjetunion waren nach der Befreiung durch Einheiten der Roten Armee zunächst unbewohnbar. Zerstört wurden 1.710 Städte, 70.000 Dörfer, 32.000 Fabriken, 2.766 Kirchen und Klöster, 4.000 Bibliotheken und 427 Museen.

Der Deutsche Bundestag weiß um die historische Schuld Deutschlands und bekennt sich zu dieser historischen Verantwortung, die auch 80 Jahre nach dem Überfall der Wehrmacht auf die Sowjetunion fortbesteht. Der Deutsche Bundestag weist alle – auch indirekten – Versuche zurück, die darauf gerichtet sind, die ausschließliche Verantwortung Nazideutschlands für den Beginn des Zweiten Weltkrieges zu relativieren oder gar zu leugnen.

Die Bundesregierung ist aufgerufen, den 80. Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion zum Anlass für eine neue Entspannungspolitik gegenüber Russland zu nehmen. Weder unter ökonomischen noch geostrategischen Aspekten liegt ein neuer Eiserner Vorhang im europäischen oder deutschen Interesse. Er löst keinen der schwebenden Konflikte.

Notwendig sind die Abkehr von militärischer Konfrontation, Eskalation und Aufrüstung.

Der Deutsche Bundestag kritisiert die angestrebte Erfüllung des Zwei-Prozent-Ziels der NATO durch Deutschland. Mit der Steigerung der Militärausgaben auf 85 Milliarden Euro würde Deutschland zur ausgabenstärksten Militärmacht in Europa, mit deutlichem Abstand vor den NATO-Verbündeten Frankreich und Großbritannien wie auch Russland. Bereits aktuell betragen die Militärausgaben der NATO das 18-fache von Russland – und immer noch fast das Sechsfache von China.

In Deutschland gab und gibt es Ablehnungen bis hin zum Hass gegenüber Russland und seiner Bevölkerung. Dies muss – schon im Interesse der Sicherung des Friedens – überwunden werden. Am 9. November 1990 wurde der „Vertrag über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit“ zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) unterzeichnet, den der Deutsche Bundestag am 25. April 1991 ratifiziert hat. Rechtsnachfolger der Sowjetunion ist die Russische Föderation. Dieser Vertrag muss wiederbelebt werden. Das Ziel muss Freundschaft sein.

Gute politische und ökonomische Beziehungen hat Deutschland zu allen ehemaligen Sowjetrepubliken anzustreben.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. den 80. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion zum Anlass zu nehmen, Verhandlungen über einen Deutsch-Russischen Vertrag mit dem Ziel aufzunehmen, Versöhnung und Freundschaft zwischen Deutschland und Russland zu erreichen und zu verstetigen;
2. im Rahmen der EU und NATO verstärkt für allgemeine und weltweite Abrüstung sich einzusetzen, energisch auf den Abschluss und die Durchsetzung umfassender Abrüstungs- und Rüstungskontrollvereinbarungen hinzuwirken und selbst durch eine konsequente Abrüstungs- und restriktive Rüstungsexportpolitik voranzugehen und den Weg für ein atomwaffenfreies Deutschland frei zu machen;
3. sich für die (Wieder-)Aufnahme Russlands in bestehenden bzw. neuen Dialogformaten und die Reaktivierung von eingefrorenen Gremien einzusetzen;
4. sich in der EU stärker für das Konzept eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes von Lissabon bis Wladiwostok mit allen ehemaligen Sowjetrepubliken einzusetzen, das nicht nur Rohstoffpartnerschaften oder Technologietransfer bzw. Austausch umfasst, sondern als künftiges Friedensprojekt eine Rolle spielt. In das Konzept eingeschlossen werden sollte eine institutionalisierte Partnerschaft zwischen der EU und der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU);
5. sich zusammen mit der Russischen Föderation für ein System beidseitiger Sicherheit in Europa einzusetzen;
6. sich in der EU dafür einzusetzen, die Wirtschaftssanktionen, die überwiegend die Bevölkerung treffen, gegen die Russische Föderation zu beenden;
7. sich in der EU dafür einzusetzen, den Beitritt der Russischen Föderation 2019 zum Pariser Klimaabkommen als Grundlage für einen europäischen Green Deal mit Russland, dem größten Flächenstaat der Erde, zu nutzen. Ohne Kooperation mit Russland wird Europa seine hochgesteckten Klima- und Umweltziele nicht erreichen;

8. sich auf Ebene der EU dafür einzusetzen, dass die bestehende Visapflicht mit der Russischen Föderation und anderen ehemaligen Sowjetrepubliken schrittweise abgebaut wird;
9. verstärkt den Schüler- bzw. Jugendaustausch mit Russland und den anderen ehemaligen Sowjetrepubliken zu beleben und zu fördern;
10. deutsch-russische Städtepartnerschaften und Partnerschaften mit Städten in allen weiteren ehemaligen Sowjetrepubliken zu fördern.

Berlin, den 4. Mai 2021

Amira Mohamed Ali, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

www.linksfraktion.de